

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 189 · 16. JAHRGANG · AUSGABE 10/2010 VOM 8. OKTOBER 2010 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Der Prinz, sein Garten
und der Landrat**
Der britische Thronfolger im Barnim

5 | **Gesellschafter und Auf-
sichtsrat in einer Person**
Doppelte Selbstkontrolle

12 | **Emanzipatorische
Transformation**
Forum demokratischer Sozialismus

Technische Werke Eberswalde:

Woher kommen die Verluste?

Im Beteiligungsbericht der Stadt sucht man die Spartenergebnisse vergebens

Eberswalde (bbp). Gegenüber dem Vorjahr konnten die Technischen Werke Eberswalde (TWE), zu 100 Prozent im Eigentum der Stadt Eberswalde, im Geschäftsjahr 2009 ihr Wirtschaftsergebnis um ca. 2.132.000 Euro verbessern und so ihren Jahresfehlbetrag auf 770.800 Euro reduzieren. Das geht aus dem jetzt vorgelegten Beteiligungsbericht der Stadt Eberswalde für das Jahr 2009 hervor.

Im Jahr 2008 hatte als ursprünglich nicht geplante Sonderausgabe die Zahlung von Kapitalertragssteuern in Höhe von 1,1 Millionen Euro für den Gewinn aus dem Stadtwerkeverkauf von 2005/2006 die Jahresrechnung belastet. Im Jahr 2009 fehlte dieser Ausgabeposten und es kamen zusätzliche Einnahmen hinzu, die in der Gewinn- und Verlustrechnung als »sonstige betriebliche Erlöse« ausgewiesen werden. Diese Erlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,24 Millionen Euro auf fast 2,5 Millionen Euro. Negativ zu Buche schlugen ein um 43 % (115.000 Euro) vermindertes Finanzergebnis und höhere Kosten in anderen Bereichen.

Die positiven Veränderungen der »sonstigen betrieblichen Erlöse« resultieren vor allem aus der ertragswirksamen Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 979.000 Euro.

Die Kerngeschäftsbereiche der TWE bestehen aus dem Sportzentrum »baff« mit dem Bäder- und dem Sporthallenbetrieb sowie aus dem Betrieb des Eberswalder Binnenhafens. Hafen und Bäderbetrieb machen etwa zu gleichen Teilen das Gros der erwirtschafteten Umsätze von insgesamt 1,256 Millionen Euro aus. Der Sporthallenbetrieb trägt mit 50.000 Euro zum Gesamtumsatz bei. Während Schwimmhalle und Sportbetrieb einen kontinuierlichen Umsatzanstieg verzeichnen können, ist der Hafetrieb starken Schwankungen ausgesetzt. Nach dem Spitzenergebnis von 2007 (1,145 Mio Euro) halbierte sich der Umsatz nach Ende der Arbeiten zum Ausbau des Oder-Havel-Kanals im Jahr 2008 auf 506.000 Euro, um 2009 wieder um 19 % auf 602.000 Euro anzusteigen.

Leider fehlt im Beteiligungsbericht die Kostenaufstellung der einzelnen Geschäftsbereiche. Deren tatsächlicher Beitrag zur wirtschaftlichen Gesamtlage der TWE bleibt damit intransparent. Im Lagebericht des TWE-Geschäftsführers Horst Schaefer findet sich lediglich der Hinweis, daß »die Verluste im Bereich Sportzentrum ... auch 2010 das Jahresergebnis wesentlich beeinflussen« werden. Es sei davon auszugehen, »daß die Gesellschaft das kommende Jahr mit einem negativen Jahresergebnis abschließen wird«. Mit der vorhandenen Liquidität werde die TWE diese



TWE-Geschäftsführer Horst Schaefer nennt das Sportzentrum Westend als wesentlichen Verlustbringer. Dabei werden hier, im Unterschied zum Binnenhafen, kontinuierlich steigende Umsätze erwirtschaftet. Ein Vergleich der operativen Spartenergebnisse ist mangels Angaben im Beteiligungsbericht nicht möglich. Als der Binnenhafen den Betrieb aufnahm, waren die geäußerten Hoffnungen hoch, hier würden die künftigen Gewinne der TWE erwirtschaftet. Auf dem Foto: Landrat Bodo Ihrke als Redner bei der Einweihungsfeier am 11. April 2000.

Verluste in den kommenden Jahren noch ausgleichen können. Mittelfristig sei das Sportzentrum jedoch ohne Zuschuß durch die Gesellschafterin, also der Stadt Eberswalde, nicht zu betreiben sein. Zur Wirtschaftlichkeit des Hafetriebs enthält der Beteiligungsbericht keine Angaben.

Neuerdings bereiten aber auch die liquiden Mittel, die aus den Verkäufen der Anteile an den Stadtwerken stammen, Probleme. Die derzeit noch vorhandenen rund 12,5 Millionen Euro erwirtschaften infolge der aktuellen Zinsentwicklung immer weniger Zinseinnahmen. So war Ende 2009 nur noch ein kleiner Teil in Wertpapieren angelegt, während knapp zehn Millionen Euro als Kassenbestand bzw. Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen waren. Ideen für eine wirtschaftliche Verwendung der Bargeldreserven werden nicht benannt.

Sarrazinebatte:

Rassismus und Darwinismus

Mit Verlaub, heute lassen sich weder Christen, Moslems noch Juden an ihren Genen identifizieren. Die Durchmischung der Erbanlagen in Geschichte und Gegenwart sowie Religionsübertritte lassen keine katalogisierbaren genetischen Profile mehr zu. Aber darum geht es Herrn Sarrazin auch gar nicht.

Einige Migrantengruppen haben in Deutschland Parallelgesellschaften eingerichtet, welche sich nach außen nicht nur religiös und kulturell, sondern auch ethnisch abschotten. Je nach Populationsgröße können sich schon nach wenigen Generationen Degenerationerscheinungen bemerkbar machen. Und wenn man den von Herrn Sarrazin herangezogenen Statistiken glauben kann, dann treten eben diese Anzeichen einer Verarmung des Gendpools gerade zu Tage (Zunahme von Erbkrankheiten, Mißbildungen, Schizophrenie etc.). Und das – liebe empörte Öffentlichkeit – ist kein Rassenwahn, das ist Vererbungslehre.

Um diese Degenerationerscheinungen auszuschließen werden junge Frauen aus den Heimatländern der Migranten nach Deutschland geschafft und hier zwangsverheiratet. Ehen mit Deutschen sind verboten und intimer Kontakt wird nicht selten mit dem Tode bestraft (Blutschande). Das kennen wir Deutschen noch irgendwoher.

Den verfassungsfeindlichen Rassismus kann man also nicht Herrn Sarrazin unterstellen, sondern man muß ihn den Mitgliedern der ethnisch isoliert lebenden Parallelgesellschaften unterstellen.

ANDY LOSCH

Grüne an neuem Standort

Der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen ist vor der Sommerpause umgezogen. Die Kreisgeschäftsstelle sowie die Geschäftsstellen der Stadtfraktion Eberswalde von Grüne/B90 und der Kreistagsfraktion Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde befinden sich nunmehr in der Friedrich-Ebert-Str. 2 in Eberswalde. Der Kreisverband bildet dort eine Bürogemeinschaft mit dem Bürgerbüro des bündnisgrünen Landtagsabgeordneten Axel Vogel. Die Geschäftsstelle ist von Montag bis Donnerstag jeweils von 9 bis 16 Uhr besetzt und nach wie vor unter der Telefonnummer 03334/384074 erreichbar.

Die Mitarbeiter von Axel Vogel (MdL) sind immer mittwochs von 10 bis 12 und von 13 bis 16 Uhr oder nach Vereinbarung zu erreichen. Die Telefonnummer des Bürgerbüros lautet 03334/380380.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«, das gegenwärtig keine Büroanschrift mehr hat.
Tel. 03334/386357, Termine nach Vereinbarung

Innovationen in der Kommunalpolitik:

Privatisierung der StVV-Ausschüsse

Die für den 6. Oktober geplante Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport entfällt, hieß es Ende September in einer Mitteilung der Pressestelle der Stadt Eberswalde. »Dafür lädt der Ausschußvorsitzende an diesem Abend um 18 Uhr in die Kita Nesthäkchen ein – zu einer Vorstellung der Einrichtung durch die Leiterin Marion Brückner.« Im Klartext heißt das: der Ausschuß fällt aus – und findet doch statt. Allerdings nicht mehr offiziell auf Grundlage der Kommunalverfassung, sondern als Privatveranstaltung des Ausschußvorsitzenden.

Die Besichtigung der städtischen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen war in der Vergangenheit üblicher Bestandteil der Tagesordnungen des Ausschusses, der zu diesem Zweck reihum in den entsprechenden Einrichtungen und Schulen der Stadt tagte.

Vordergründiger Anlaß für diese »Privatisierung« der Ausschußsitzung war die fehlende Barrierefreiheit der Räumlichkeiten in der Kita Nesthäkchen. Laut Stadtverordnetenbeschluß sollen alle Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse grundsätzlich barrierefrei stattfinden.

Daß so die bisher übliche Ausschußarbeit eingeschränkt werden könnte, damit hatte niemand gerechnet. Das hehre Ziel »Barrierefreiheit« wird plötzlich zur Fußfessel für die kom-

munale Demokratie. Da erschien die spontane Idee der CDU-Stadtverordneten Monique Schostan, die selbst zwei Kinder in der Kita Nesthäkchen in Betreuung hat, als cleverer Schachzug. Doch wird der hier zum Vorschein gekommene Widerspruch auf diese Weise nicht gelöst.

Vielmehr erscheint die »inoffizielle Sitzung« als Vorwegnahme der Verwaltungspläne, einen der beiden »Sozialausschüsse« als Sparmaßnahme abzuschaffen. Die Privatsitzung spart. Zunächst die Aufwandsentschädigungen für die Stadtverordneten und sachkundigen Einwohner. Möglicherweise auch die Arbeitszeit des Dezernenten, der Amtsleiterin und der Protokollschreiber. Denn die brauchen ja zu einer Privatveranstaltung des Ausschußvorsitzenden nicht kommen und eine offizielle Niederschrift wird es von einer inoffiziellen Sitzung sicher auch nicht geben.

Zugleich werden auf diese Weise die Bürgerinnen und Bürger förmlich ausgeschlossen. Die Einwohnerfragestunde entfällt, wie auch der Tagesordnungspunkt der Anfragen der Stadtverordneten. Auf diese Weise werden Bürgerrechte aus der Kommunalverfassung und in langem Ringen erkämpfte zusätzliche Standards auf kaltem Wege abgeschafft.

GERD MARKMANN

Programmparteitag der FDP Barnim:

Schwerpunkt Polizeireform

Biesenthal (fdp). Am 25. September haben die Barnimer Liberalen einen außerordentlichen Programmparteitag durchgeführt. Als wichtigster Tagesordnungspunkt wurde durch den Kreisvorstand eine »Resolution für einen sicheren Barnim und gegen Zentralismus« eingebracht. Die Barnimer FDP hat sich damit umfassend zu den Plänen der Polizeireform positioniert und die Anforderungen an die zukünftigen polizeilichen Strukturen im Landkreis definiert.

Nach einer kurzen Vorstellung der momentan zur Debatte stehenden Pläne zur Polizeireform und den bislang bekannten Umsetzungsabsichten des zwischenzeitlich zurückgetretenen Innenministers stellte der Kreisvorsitzende, Gregor Beyer, die durch den Kreisvorstand erarbeitete Resolution vor. Anschließend wurden drei Änderungsanträge aus den Ortsverbänden beraten und die Resolution schließlich einstimmig verabschiedet.

Die Liberalen betonen in der Resolution die hohe Bedeutung der wahrgenommenen Polizeipräsenz, die für die Bürgerinnen und Bürger einen Teil der Lebensqualität bedeutet und auch für die Standortsqualität von Wirtschaft, Handel und Tourismus von herausragender Bedeutung ist. Ferner steht für die Liberalen außer Debatte, daß zukünftig die Wachen in

Eberswalde und Bernau erhalten werden müssen und der Standort des Landeskriminalamtes nicht angetastet werden darf. »Die Barnimer Liberalen haben mit der Resolution für einen sicheren Barnim«, ist sich Gregor Beyer sicher, »eine starke und fachliche Position für die Debatten zur Polizeireform geschaffen!«

Als Ehrengast nahm der Vorsitzende der Liberalen Landtagsfraktion, Andreas Büttner, am Kreisparteitag teil. In einem umfassenden Grußwort berichtete er über die aktuellen Vorhaben der Landtagsfraktion. Büttner, bis September vergangenen Jahres selbst Polizist, brachte sich auch intensiv in die Debatte über die verabschiedete Resolution ein. Er beglückwünschte die Barnimer Parteifreunde zu dem einstimmig verabschiedeten Papier.

Ferner stand beim Kreisparteitag die Neuwahl eines der beiden stellvertretenden Kreisvorsitzenden an. Die Anwesenden wählten den Biesenthaler Unternehmer Wolfgang Franke in diese Position. Der Kreisvorsitzende zeigte sich hocheifrig, daß der Vorstand wieder komplett ist.

»Mit Wolfgang Franke haben wir nun einen Unternehmer aus der Region im Team, der die Arbeit im Vorstand gerade in der so wichtigen Mittelstandspolitik verstärken wird«, so Beyer.

Der Prinz, sein Garten und der Landrat

Wie es dem britischen Thronfolger im Barnim ergehen würde

Prinz Charles, der britische Thronfolger, hat einen Garten. Der Garten befindet sich in London und er ist nicht nur für die Londoner, sondern für die gesamte Bevölkerung geöffnet, jedenfalls bis zum 19. September, so konnten wir es in der Zeitung lesen. Der Garten bietet Tips für eine umweltfreundliche Lebensweise. Besonders stolz ist der Prinz darauf, daß er den Garten mit recyceltem Badewasser bewässert.

Da kann sich der Prinz aber gratulieren, daß sein Garten in London ist und nicht z.B. in Wandlitz, Landkreis Barnim. Da würde er mit seiner Wasserrecyclinganlage echte Probleme bekommen. Hierzulande wird nämlich von den Behörden das Bewässern mit recyceltem Wasser als »Verbringen von Abwasser« zum Zwecke der Abwasserbeseitigung bezeichnet mit dem nachdrücklichen Hinweis, das solches Handeln zumindest ordnungswidrig, wenn nicht gar eine Straftat ist.

Wenn der Prinz sich Sorgen macht um unseren kleinen, zerbrechlichen und belasteten Planeten, dann ist er beim Barnimer Landrat an der falschen Adresse. Dort erfährt er, daß er sein Abwasser dem zuständigen Zweckverband zu überlassen, also vorzugsweise in den Kanal einzuleiten hat. Eine Eigenverwertung kommt nicht infrage. Auf eine entsprechende Anfrage, so verfahren zu dürfen, wie wir es in der Zeitung gelesen haben, hätte der Prinz im Barnim vom Landrat folgende Antwort bekommen:

Das auf Ihrem Grundstück anfallende Abwasser wird in einer Kleinkläranlage gereinigt und anschließend zur Bewässerung verwendet. Dies dürfen Sie jedoch nur, wenn Ihnen zuvor die Abwasserbeseitigungspflicht übertragen wurde.

Gemäß § 66 Abs. 3 des Brandenburgischen Wassergesetzes kann die Wasserbehörde die Abwasserbeseitigungspflicht auf Sie übertragen, wenn die Übernahme des Abwassers mittels einer öffentlichen Kanalisation nicht möglich ist und der Zweckverband dem zustimmt.

Bei der Prüfung des Sachverhaltes wurde festgestellt, daß die o.g. Tatbestandsvoraussetzungen nicht erfüllt sind. Ihr Grundstück ist durch eine öffentliche Abwasserleitung erschlossen. Deshalb stimmt der Zweckverband der Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht nicht zu. Insoweit hat die Wasserbehörde kein Ermessen, Ihrem Antrag zuzustimmen. Nach Rechtsauffassung der Wasserbehörde ist zusätzlich eine Erlaubnis zur Benutzung des Grundwassers erforderlich. Da Ihnen die Abwasserbeseitigungspflicht nicht übertragen werden kann, war die Prüfung der Erlaubnisfähigkeit jedoch nicht Gegenstand des Verfahrens.

So weit die Antwort des Landrats. Es bleibt festzustellen, daß die Auffassung des Landrats weder durch das Brandenburgische Wassergesetz gedeckt ist – das ist bei Gartenbewässerung ohne Gewässerbenutzung gar nicht anwendbar – noch durch die Kommunalverfassung, die den hier durchgesetzten Anschluß

und Benutzungszwang (§ 12) nur aus Gründen des öffentlichen Wohls kennt. Solche Gründe gibt es nicht, jedenfalls nicht bei der Arbeitsweise des Prinzen.

Die hier zur Kenntnis gegebene Antwort wurde im wesentlichen so einem Wandlitzer Bürger gegeben, der nicht anders arbeitet als Prinz Charles, und der weiter so verfahren will, nur daß er kein Prinz ist und deshalb von der Zeitung nicht beachtet, stattdessen von den Behörden widerrechtlich daran gehindert wird, sich umweltgerecht zu verhalten.

Mit dieser Antwort hätte der Prinz keine Chance, sein Wasser zu recyceln und erneut zu verwenden, jedenfalls nicht im Barnim. Aber er hat ja Glück, sein Garten ist nicht im Barnim sondern in London.

Das Landratsschreiben hat jedoch noch einen Schlußabsatz. Diesen Schluß will ich den Lesern der BBP nicht vorenthalten. Der Landrat schreibt:

»Ich begrüße Ihre Einstellung, Ihren Beitrag zum Klimaschutz und zur sparsamen Verwendung von Wasser leisten zu wollen. Ich kann in Ihrem Fall, aufgrund der klaren Rechtslage, jedoch keine andere Entscheidung treffen. Mit freundlichem Gruß gez. Ihrke«

Wenn mir jemand nun sagen würde: »das ist ja blanker Zynismus«, ich könnte dem nicht widersprechen.

JOHANNES MADEJA

Ein Eignungstest für die Barnimer Bildungsoffensive

In der Debatte um den Grundstückstausch wurde die Rechtfertigung des Tauschgeschäfts damit begründet, wegen der Wohltaten des Landkreises müsse man die Kröte nachteiliger Belastungen (Abrißkosten) schlucken. Bürgermeister Friedhelm Boginskis konnte u.a. die Leistungen des Landkreises für die Bildung

nicht genug loben. Die Übernahme der Eberswalder weiterführenden Schulen und die Investitionen verpflichteten zur Dankbarkeit.

In der Abgeordnetenfragestunde lobte Günther Schumacher die Bereitschaft der Stadt zur Lehrlingsausbildung, fragte aber verwundert, wieso unter den Lehrlingen keine aus Ebers-

walde sind. Dazu erklärte Boginski, die Stadt habe 6 Lehrlinge einstellen wollen. 80 Bewerber hätten sich gemeldet. Nach einer Vorauswahl fanden Eignungstests statt mit, so Boginski, desaströsen Ergebnissen. Nach dem Eignungstest habe sich die Einstellung von Lehrlingsbewerbern aus Eberswalde erledigt. A.T.

Problemzone Eichwerderring

Wie andere in die Jahre gekommene Städte, hat auch Eberswalde ihre Problemzonen, wie z.B. fehlende Parkplätze unmittelbar an Gaststätten, was dem Kundenzustrom abträglich ist, oder die sich verödende Eisenbahnstraße, die zum Durchfahren, aber nicht zum Anhalten und Betrachten einlädt.

Was Eberswalde aber von anderen Städten unterscheidet, ist das Bemühen der Stadtverwaltung, künstlich eine weitere Problemzone zu schaffen: den Eichwerderring. Die vorgesehene Umfahrung des Rathauskomplexes entlastet nicht wirklich das Zentrum, da der Verkehrsstrom zur Friedensbrücke und damit wieder in die Stadt hinein gelenkt wird.

Es ist das Pech für Eberswalde, das die aus dem Mittelalter stammende Straßenstruktur eine kleinräumige Umfahrung zur Entlastung

des Zentrums nicht hergibt. Dem Problem sollte man sich stellen, nach dem man über Jahrzehnte hier gar kein Problem gesehen hat. Eine Umfahrung hat nur dann einen Sinn, wenn sie weiträumig erfolgt. Und zwar so weiträumig, daß der Verkehr über den Finowkanal hinweg in Richtung Nordend gelenkt wird. daß das teuer wir, ist klar. Aber Geld auszugeben für ein langfristig wirkendes Projekt ist allemal sinnvoller als es für die Klein-Klein-Variante zu verplempern, die ohnehin nichts bringt.

Leider hat man auch unmittelbar nach der Wende, als so vieles neu angedacht wurde, an eine weiträumige Planung nicht gedacht. Auch heute gibt es hierfür noch keinen wirklichen Gedankenansatz. Um diesen müssen wir uns bemühen.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG

Sanierungskonzept der TWE

Seit eineinhalb Jahren fordert die Fraktion Die Fraktionslosen ein Sanierungskonzept für die Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE). Wurde anfangs die Notwendigkeit ganz bestritten, räumte man später ein, es würde an einem Sanierungskonzept gearbeitet. Der Stadtverordnetenversammlung am 30. September lag der Beteiligungsbericht vor. Albrecht Triller stellte fest, daß Lage der TWE viel schlechter ist, als im Beteiligungsbericht eingeschätzt, und forderte die Benennung eines Termins für die Vorlage eines Sanierungskonzeptes. Dazu erklärte der zuständige Dezernent Gatzlaff: **schnellstmöglich**. Man darf darauf gespannt sein, wie das Sanierungskonzept aussieht. Nicht weniger spannend ist die Frage, was Verwaltungsdezernent Gatzlaff unter »schnellstmöglich« versteht.

Kröten und Geschenke

Die Stadt Eberswalde wird über kurz oder lang in die Situation kommen, ein Haushalts-sanierungskonzept aufstellen zu müssen. Seit einem Jahr wird an einer »Aufgabenkritik« gearbeitet, das heißt Sparmöglichkeiten im städtischen Haushalt gesucht.

Da sollte man meinen, daß nicht parallel quasi Geld verschenkt wird. Aber die Stadt Eberswalde tut es – mit dem Segen der Stadtverordnetenversammlung. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Verkauf des Schulgeländes Fritz-Weineck-Straße für den Vorzugspreis von 155 TEuro an den Landkreis, nachdem die Stadt gerade erst 75 TEuro für den Abriß des Gebäudes bezahlt hatte. Und in Höhe des Kaufpreises von 155 TEuro gewährte die Stadt dem Landkreis einen »Investitionszuschuß« für das Gymnasium Finow. Die versucht damit, sich die Gunst des Landkreises zu erhalten. Dazu gab es dann die Turnhalle gratis noch obendrauf.

Auch mit der aktuellen Vorlage zum Grundstücksaustausch macht die Stadt eine tiefe Verbeugung vor dem Landkreis und bedankt sich damit für dessen Beitrag zur Entwicklung der Stadt Eberswalde. So jedenfalls Bürgermeister Boginski im Hauptausschuß, wo er den Kreishausbau im Zentrum der Stadt, den Zoozuschuß und die Investitionen des Landkreises in die kreislichen Schulen nicht genug loben konnte. Wir müssen den Kreis an uns binden meinte auch Götz Trieloff (FDP/Bürgerfraktion Barnim) und deshalb die Kröte schlucken.

Die Kröte – das sind die Abrißkosten in Höhe von 350 bis 500 TEuro für das ehemalige Kreishaus, die bei dem Nullsummentausch auf die Stadt zukommen.

Aber warum soll die Stadt Kröten schlucken? Der Landkreis kennt doch die finanzielle Situation der Stadt und weiß, daß die Stadt nichts zu verschenken hat. Wesentliches Motiv des Grundstücksaustausch dürfte die Tatsache sein, daß die Stadt die Chance hat, Fördermittel für den Abriß des ehemaligen Kreishauses zu beantragen, während der Landkreis für das entsprechende Förderprogramm nicht in Frage kommt. Ob diese Verfahrensweise korrekt ist?

Aber auch der Landkreis verschenkt nichts, sondern gibt lediglich das Geld der Kommunen aus, das über die Kreisumlage in die Kasse des Landkreises fließt und welche auch im Eberswalder Haushalt einen beachtlichen Teil der Ausgaben ausmacht.

Stadt und Landkreis sollten ohne »Kröten schlucken« und »Geschenke machen« fair und zukunftsorientiert zusammenarbeiten.

Im übrigen kann man zu den hoch gelobten Investitionen des Landkreises in der Stadt durchaus auch anderer Meinung sein. Denn diese Investitionen bringen auch jede Menge Probleme für eine gesunde und ausgewogene Stadtentwicklung mit sich.

ALBRECHT TRILLER

»Wir haben keine Wahl!«

Eberswalde (bbp). Mit großer Mehrheit beschlossen die Eberswalder Stadtverordneten am 30. September einen Grundstücksdeal mit dem Landkreis Barnim. Drei städtische Grundstücke sollen gegen ein Grundstück des Landkreises getauscht werden.

Die Stadt will zwei Grundstücke abgeben, die bereits seit 1992 vom Landkreis als Schulträger der Schulen mit den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten »Lernen« (Nordend-Schule) und »Geistige Entwicklung« (Märkische Schule) genutzt werden. Hier hat der Landkreis wesentliche Modernisierungen und Instandsetzungen realisiert. Der Gebäudewert wird daher nicht berücksichtigt. Die aktuellen Bodenrichtwerten von 36 Euro (Nordend-Schule) bzw. 44 Euro (Märkische Schule) pro Quadratmeter werden wegen der Schulnutzung (Gemeinbedarf) nur zu 20 % berechnet, so daß sich Grundstückswerte von 118.000 Euro bzw. 73.383,20 Euro ergeben. Gegen den Verkauf dieser beiden Grundstücke an den Landkreis hatten auch die Kritiker des Deals wenig einzuwenden. Gleiches gilt für die Abgabe der früheren Goetheschule an der Eisenbahnstraße 100. Obwohl seitens der Stadt beträchtliche Summen in die Fassadensanierung gesteckt worden sind, bleibt der Gebäudewert ebenfalls unberücksichtigt. »Die Kosten für Sanierung bzw. Modernisierung der Gebäude zur Beseitigung des Reparaturrückstaus«, heißt es in dem vom Landkreis erarbeiteten und von der Stadtverwaltung unverändert übernommenen Begründungstext, »übersteigen den Zeitwert der Gebäude«. Dafür ging der Bodenrichtwert (120 Euro/m²) hundertprozentig in den Kaufpreis von 379.200 Euro ein, weil die Gemeinbedarfsnutzung hier beendet ist. Nach dem Umzug der Goetheschule in den Schulkomplex Mitte fiel das Grundstück an die Stadt zurück. Allerdings benötigt der Landkreis laut Vorlage das Grundstück weiterhin für die Erfüllung seiner Aufgaben. Nähere Angaben dazu werden in der Vorlage nicht gemacht. Seit Schuljahresbeginn für voraussichtlich ein Jahr dient das Schulhaus dem Hort der Kita »Sonnenschein« als Ausweichquartier.

Für die drei Grundstücke errechnet sich ein Gesamtwert von 571.383 Euro. Fast punktgenau gelang die Wertberechnung für das seitens des Landkreises als Tauschobjekt vorgesehene ehemalige Kreishaus in der Heegermühler Straße. Vom hier gültigen Bodenrichtwert (36 Euro/m²) wurden 17 Prozent für die Hanglage sowie für Höhenunterschiede im Gelände abgezogen, so daß der Grundstückswert 570.600 Euro beträgt. Da ohnehin der Abriß des Gebäudes geplant ist, bleibt auch hier der Gebäudewert unberücksichtigt. Das gilt allerdings auch für die Abrißkosten, die von der Stadtverwaltung auf 350.000 bis 500.000 Euro geschätzt werden. Jährliche Folgekosten von 1.000 Euro für die Gebäudesicherung vor und von 3.000 Euro für die Grünflächenpflege nach dem Abriß kommen hinzu. Hingegen fehlen in der städtischen Vorlage Notar- und Gerichtskosten, Grunderwerbssteuer sowie Vermes-

sungskosten. Es wird lediglich bestimmt, daß diese von Stadt und Kreis je zur Hälfte getragen werden. In der Landkreisvorlage waren dafür 25.000 Euro vorgesehen.

Albrecht Triller (Fraktion der Fraktionslosen) kritisierte, daß die vier Grundstücksgeschäfte in einer Vorlage zusammengefaßt wurden. Jedes Grundstück solle gesondert behandelt werden und der Erwerb des Kreishausgrundstücks unterbleiben. Die Kosten für Grundstückskauf und Abriß würden die Leistungskraft der Stadt übersteigen.

Bürgermeister Friedhelm Boginski warf Triller vor, er wisse nicht was er will. Wolle er etwa aus der einstigen Goetheschule »eine dem Vandalismus preisgegebene Grundstücksbrache machen? Einen privaten Käufer und Entwicklung wird die Stadt nicht finden«, sagte Boginski unter Verweis auf die gegenüberliegende ehemalige Musikschule. Die zwei Millionen Euro Instandsetzungskosten könne die Stadt nicht aufbringen. »Wir haben keine Wahl!«

Carsten Zinn (DIE LINKE) kritisierte die städtische Schulpolitik insgesamt, durch welche das Brandenburgische Viertel von Schulen entblößt werde. Erst vor einem Jahr hatten die Stadtverordneten mit der Abgabe des Schulgeländes an der Fritz-Weineck-Straße den Weg frei gemacht für den Wegzug des Oberstufenzentrums aus dem Viertel. Von einst 5 Schulen im Viertel bleibt nur noch eine. Alle anderen sind Opfer der Abrißbirne, während zugleich Millionenbeträge in Neubauten der Schulkombinate in Mitte und Westend flossen.

Seitens der Bündnisgrünen argumentierte Karen Oehler gegen eine Übernahme des Ex-Kreishausgrundstücks durch die Stadt, wobei sie einer Abgabe der Schulgrundstücke an den Kreis ohne Tausch durchaus zustimmen könne. Auch ihr Fraktionskollege Dr. Andreas Steiner sprach sich gegen den Tausch aus und beantragte namens der Fraktion die namentliche Abstimmung, um für die Zukunft »Roß und Reiter« zu benennen und festzuhalten. Mit dem Grundstückstausch mache die Stadt Eberswalde ein ganz mieses Geschäft, so Dr. Steiner. »Der Landkreis bürdet der Stadt seine (Alt)lasten auf. Wir brauchen uns im Rahmen der Aufgabenkritik nicht um die Einsparung eines jeden Bleistifts zu unterhalten, wenn das Geld aus dem Stadthaushalt auf diese oder ähnliche Weise mit vollen Händen zum Fenster rausgeworfen wird.« Zugleich störe ihn, daß die Beschlußvorlage nicht im Finanzausschuß beraten wurde.

In der namentlichen Abstimmung votierten Karen Oehler, Dr. Andreas Steiner (beide Bündnis 90/Grüne), Günter Schumacher, Dr. Günther Spangenberg, Albrecht Triller (Die Fraktionslosen) und Carsten Zinn (DIE LINKE) gegen das Tauschgeschäft. Die anderen Stadtverordneten stimmten für die Vorlage.

Doppelte Selbstkontrolle Politische Entscheidung

Eberswalde (bbp). Für die Sitzung der StVV am 30. September hatte die Fraktion der Fraktionslosen eine Beschlußvorlage eingebracht, welche zum Ziel hatte, den Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der WHG zu beauftragen, daß er eine Änderung des Gesellschaftervertrages beschließt. Dabei soll die derzeit gültige Fassung im § 9 »Den Vorsitz des Aufsichtsrates führt der Bürgermeister der Stadt Eberswalde« durch die Formulierung »Der Aufsichtsrat wählt aus der Mitte der von der Stadtverordnetenversammlung bestimmten Aufsichtsratsmitglieder den Vorsitzenden des Aufsichtsrates« ersetzt werden.

Der WHG-Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern. Neben dem Bürgermeister als geborenes Mitglied, werden 10 weitere Aufsichtsratsmitglieder durch die Stadtverordnetenversammlung bestimmt. Der Aufsichtsrat berät und kontrolliert die Geschäftsführung und berichtet der Gesellschafterversammlung über seine Tätigkeit. Durch Wahrnehmung der Aufgaben der Gesellschafterversammlung nimmt der Bürgermeister darauf Einfluß, daß die Gesellschaft entsprechend dem Geschäftszweck wirtschaftlich arbeitet. Ihm obliegen alle Entscheidungen der Gesellschaft von grundsätzlicher Bedeutung, wie Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes und des Jahresabschlusses, die Beschlußfassung über die Gewinnverwendung, die Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates, die Bestellung des Geschäftsführers, die Änderung des Gesellschaftervertrages und andere wichtige Entscheidungen. Seit der Einführung der neuen Kommunalverfassung ist der Bürgermeister zugleich

Gesellschaftervertreter und Aufsichtsratsvorsitzender. Damit sind ihm doppelte Kontrollfunktionen, Selbstkontrollen und Berichterstattungen an sich selbst übertragen.

Die Besetzung des Aufsichtsratsvorsitzes mit einem nicht mit der Person des Bürgermeisters identischen Aufsichtsratsmitgliedes, heißt es in der Beschlußbegründung, verteile Arbeit und Verantwortung auf breitere Schultern und stärke zugleich das demokratische Element des von der Stadtverordnetenversammlung bestimmten Aufsichtsrates.

In der Diskussion nutzte Albrecht Triller die Gelegenheit, die Beschlußvorlage der Fraktion der Fraktionslosen ausführlich zu begründen (siehe *nebenstehenden Beitrag*). Zustimmung äußerte sich Frank Banasciewicz von der Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim. Er widersprach damit der Auffassung seines Fraktionskollegen Ingo Naumann, der darauf verwies, daß im Landkreis der Landrat immer zugleich Gesellschaftervertreter und Aufsichtsratsvorsitzender sei. Weshalb also sollte man das in der Stadt anders handhaben. Naumann vermutete, Triller gehe es nur um die Personalie. Ähnlich äußerte sich der Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff, der Potsdam als Vergleich heranzog. Keiner sei mit dem Aufsichtsratsvorsitz durch Boginski unzufrieden, so Gatzlaff, nur Triller. Unentschlossen zeigte sich der CDU-Stadtverordnete Christoph Eydam. Er regte an, beim Innenministerium nachzufragen. Bürgermeister Boginski äußert sich nicht zur Vorlage.

Zur Abstimmung votierten schließlich 6 Stadtverordnete für die Vorlage und 19 dagegen, während sich 4 der Stimme enthielten.

Warum soll der Bürgermeister sowohl Gesellschaftervertreter der Stadt in der WHG sein und zugleich auch noch Aufsichtsratsvorsitzender? Das war nicht die gewollte Lösung der Stadtverordnetenversammlung, sondern sie hat sich durch die Änderung der Kommunalverfassung ergeben. Nach eigener Hauptsatzung hatte bis dahin der Hauptausschuß die Stellung der Gesellschafterversammlung. Nun ist der Bürgermeister per Gesetz der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung, die nur aus ihm besteht. Ob diese Lösung sinnvoll ist, steht dahin. Aber das Gesetz schreibt nicht vor, daß der Bürgermeister auch noch Vorsitzender des Aufsichtsrates sein muß.

Nun ist die neue Kommunalverfassung auch schon wieder zwei Jahre alt und Zeit zum Nachdenken über mögliche Anpassungen war genug. Auf meine Frage in der StVV am 29. April an Herrn Boginski, ob er schon einmal darüber nachgedacht habe, auf den Vorsitz im Aufsichtsrat zu verzichten, wenn er ohnehin das Recht hat, als Gesellschaftervertreter an allen Aufsichtsratssitzungen teilzunehmen, antwortete er schlicht mit Nein. Eine erneute Nachfrage am 24. Juni wurde von der Vorsitzenden der StVV mit der Erklärung unterbrochen, eine Frage nach der Gedankenwelt des Bürgermeisters wäre nicht zulässig (BBP 8/2010). Nun ist es aber einmal so, daß man sich über notwendige Entscheidungen Gedanken machen und diese mit anderen austauschen muß, um eventuell zum Konsens zu kommen. Nachdem das Thema nun Gegenstand einer Vorlage ist, sollte vor der Abstimmung doch nachgedacht werden.

Die Fragen waren natürlich nicht nur an den Bürgermeister, sondern indirekt auch an alle Stadtverordneten gerichtet. Seither sind fünf Monate vergangen – genug Zeit, um nachzudenken und eine Antwort zu finden. Damit erübrigt sich auch die Frage von Ingo Naumann, warum die Vorlage nicht erst in einen Ausschuß gegangen ist. Es gehört auch keine besondere Sachkunde dazu, über die Vorlage zu entscheiden. Es ist einfach die politische Entscheidung, ob wir unseren Handlungsspielraum für mehr Demokratie oder mehr Machtkonzentration nutzen wollen.

Es brauchte die Vorlage nicht, wenn Bürgermeister Boginski die Frage für sich allein entschieden hätte. Es lag in seiner Hand, den Aufsichtsratsvorsitz abzugeben und er kann es immer noch tun, selbst dann, wenn sich die StVV für den Verbleib als Vorsitzenden des Aufsichtsrates entscheiden würde. Schließlich ist er für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung als Bürgermeister angetreten und begeht in dieser Funktion in den nächsten Wochen sein »Bergfest«. Weitere inhaltliche Erläuterungen braucht es nicht. Gemessen an meinen Erwartungen wäre es eine besondere Freude, wenn Sie, verehrte Stadtverordnete der Vorlage Ihre Zustimmung geben.

Sparpaket – Annahme verweigert!

Die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann und die Bernauer LINKEN beteiligten sich am 1. Oktober mit einer ungewöhnlichen Aktion an den Protesten gegen das Sparpaket der Bundesregierung. Vor allem protestierte man gegen die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge und die angekündigte »Kopfpauschale«. Denn dies bedeutet, daß die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft weiter zur Kasse gebeten werden, während die Sozialbeiträge der Unternehmen eingefroren werden sollen.

Wie in über 300 Städten der Bundesrepublik formierte man sich mit symbolischen Sparpaketen vor dem Ortseingangsschild.

Zugleich beteiligten sich die Bernauer LINKEN damit an einer Wette von Klaus H. Jann aus Wülfrath, Nordrhein-Westfalen, der gewettet hatte, daß es den LINKEN gelingt, eine solche Aktion in 200 Städten der Bundesrepublik durchzuführen. Nach Gewinn der Wette spendete eine Unternehmerin aus Nordrhein-Westfalen 2000 Euro an die Aktion »Cuba si«.

MARGOT ZIEMANN



Die Bernauer LINKEN protestieren gegen das »Sparpaket« der Bundesregierung.

Freund und Helfer?

Die sogenannte Polizeireform bewegt gegenwärtig die Gemüter. Die Landräte in Uckermark und Barnim schreiben Positionspapiere, die kommunalen Parlamente verabschieden Protestresolutionen, Volksinitiativen werden gestartet. Sogar der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski höchstselbst sammelt Unterschriften auf der Straße, assistiert von »allen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung«, wie die städtische Pressestelle mitteilte.

Die »öffentliche Sicherheit für Bürger und Kommunen« stehe auf dem Spiel, heißt es. Nachvollziehbare Argumente mischen sich mit Standortegoismen und populistischer Angstmacherei. Und schließlich wird dieses Konglomerat von verschiedenen politischen Kräften und ihren Medien auch genutzt, unterschwellig Stimmung gegen die rosa-rote Landesregierung zu machen, wobei großzügig darüber hinweggegangen wird, daß die aktuelle Polizeireform eigentlich nur die Politik des vormaligen CDU-Innenministers Jörg Schönbohm fortsetzt.

Vermutlich geht es hier um »objektive Sachzwänge« im Zusammenhang mit dem Absterben des Nationalstaates. Diese nicht gleich auf der Hand liegende These kann an dieser Stelle aus Platz- und Zeitgründen nicht weiter ausgeführt werden. Jedenfalls muß das Land Brandenburg sparen. Da widerspricht kaum jemand. Bis 2019 stehen im Landeshaushalt zwei Milliarden Euro pro Jahr weniger zur Verfügung. Und Steuererhöhungen sind unpopulär – gerade bei jenen, die jetzt heftig gegen die Einsparungen bei der Polizei argumentieren. Wobei der FDP-Politiker Boginski ehrlich ist und klientelbewußt betont, daß zunehmend Unternehmen Opfer von Kriminalität sind.

Eher verwunderlich scheint, daß auch viele LINKE mehr Polizeipräsenz fordern. Sollte ein Abbau des bürgerlichen Zwangsapparats nicht vielmehr deren Unterstützung finden? Kriminalitätsbekämpfung als Polizeiaufgabe berührt nur die Folgen, nicht aber die gesellschaftlichen Ursachen. Wofür Polizei im Ernstfall eingesetzt wird, zeigte sich aktuell in Stuttgart, wo die Proteste von Schülern gegen das Bahnprojekt »Stuttgart 21« brutal auseinandergeschnitten wurden.

GERD MARKMANN

Bebauungsplan wird öffentlich ausgelegt

Die Eberswalder Stadtverordneten beschlossen am 30.9. die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs Nr. 130 »Eichwerderring« und des Entwurfs der zugehörigen Lärmschutzsatzung. Vom 26.10 bis 30.11. haben die Eberswalder die Möglichkeit, die Entwürfe im Stadtentwicklungsamt und auf der Internetseite der Stadt einzusehen und Einwände und Anregungen geltend zu machen. (bbp)

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Einwohnerfrage zur Eberswalder StV am 30.9.:

Fernwärme vom HOKAWE?

In einem kleinen Artikel teilte die MOZ ihren Lesern mit, daß das HOKAWE die Neubaugebiete der Stadt Eberswalde bereits ab Februar 2011 mit Fernwärme versorgen könnte. Wie Sie sicherlich aus vielen Einwohnerfragen meinerseits wissen, bemühe ich mich seit ca. 10 Jahren um mehr Transparenz bei der Preisgestaltung der Fernwärme im Interesse aller Mieter der Stadt Eberswalde, nicht nur der WHG. Als Antwort auf meine Frage zur Sitzung des Finanzausschusses am 15.04.2010 hat mir die stadteigene WHG nun endlich erklärt, was sich hinter dem Faktor 0,2 in der Fernwärmeklausel verbirgt. Das sind 0,2 mal 43,46 Euro des Preises der Fernwärme für eine MWh im Jahr 2000, den die Stadtwerke als fixen Anteil der Investitionen für die Fernwärmeversorgung berechnen, also rund 8,70 Euro/MWh. Insgesamt haben die Stadtwerke in den Jahren 2002 bis 2008 über 5 Mio Euro aus diesem Anteil eingenommen, aber nur 835.000 Euro für die Aufrechterhaltung der Fernwärmeversorgung ausgegeben. Soviel zur bisherigen Transparenz der Preisbildung.

Wenn nun die Fernwärmeversorgung mit der Abwärme des HOKAWE erfolgen soll, möchte ich gerne wissen, zu welchen Bedingungen, sprich Preis je MWh Fernwärme das für die Mieter geschehen soll. Hierzu die bisherigen Preise: Im Jahr 2008 betrug der Fernwärmepreis ca. 102 Euro/MWh, während der Nahwärmepreis nur ca. 68 Euro/MWh betrug.

Meine Befürchtung ist nun, daß wir Mieter vom Regen in die Traufe fallen, wenn dem Monopolisten EWE als Nachfolger der Stadtwerke der bisherige Gewinn nicht ausreicht.

Deswegen bitte ich die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung und besonders die Mitglieder im Aufsichtsrat der WHG, genau aufzupassen, daß wir Mieter nicht abgezockt werden. Nach Meinung der Experten des Bundes der Energieverbraucher müßte der Fernwärmepreis etwa dem Preis der Nahwärme entsprechen, wovon wir in Eberswalde weit entfernt sind. Bisher konnte ich trotz intensiver Bemühungen nichts Substantielles über die neue Versorgung von keinem der Beteiligten erfahren, was nicht gerade für eine neue Transparenz und die vom Bund der Energieverbraucher geforderte öffentliche Kontrolle der Fernwärmepreise spricht.

Und nun zu einem weiteren Thema: In einem Antwortbrief der WHG auf meine Fragen im Finanzausschuß hatte Herr Wiegandt einen Fernwärmepreis von 84,30 Euro/MWh für das Jahr 2009 genannt. Die Realität sieht leider völlig anders aus. Der Betriebskostenabrechnung für die Ringstraße 72 - 78 ist ein Fernwärmepreis von gut 100 Euro/MWh zu entnehmen. Hier ist wohl eine Erklärung seitens der WHG erforderlich, weil ich sonst nur den oben genannten Preis zahlen werde. Immerhin ist es ein offizieller Brief auf meine Einwohnerfrage an den Finanzausschuß. Und der könnte sich ja genau so getäuscht vorkommen.

BERND POMRAENKE

Bemerkung: Dezernent Gatzlaff erklärte dazu, daß die WHG nicht verpflichtet sei, Informationen aus Vertragsgesprächen mit Dritten zu geben. Er werde trotzdem nochmals beim Geschäftsführer der WHG wegen des genannten Fernwärmepreises von 84,30 Euro nachfragen.

»Unfair und falsch«

Eberswalde (bbp). »Die Verkürzung der Landebahn auf 1200 Meter ist das Aus für den Regionalflugplatz«, meint Margitta Mächtig, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag Barnim. Die Entwicklung des Flugplatzes Finow zum Regionalflughafen gehörte seit Mitte der 90er Jahren zu den vom Landkreis unterstützten prioritären Projekten der Wirtschaftsförderung in den Gemeinden Finowfurt (später Schorfheide) und Eberswalde. Entsprechende Beschlüsse in Gemeindevertretung, Stadtverordnetenversammlung und Kreistag fanden auch seitens der Linken mehrheitliche Unterstützung. Auch die Kreistagsfraktionsvorsitzende hatte sich in der Vergangenheit für die Flugplatzentwicklung stark gemacht. Doch nun werde das gemeinsame Projekt »stillschweigend durch Entscheidungen der Gemeinde Schorfheide geschliffen«, so Margitta Mächtig.

Die Schorfheider Gemeindevertreter hatten jüngst eine Vorlage der Schorfheider Verwaltung gebilligt, nach der ein Bebauungsplan für eine weitere Photovoltaik-Anlage auf dem

Gelände aufgestellt werden soll. Die früheren Beschlüsse der Gemeinde, wie im Jahr 2007, in denen sich die Gemeinde zum Ausbau des Verkehrslandeplatzes zum Regionalflughafen bekannt hatte, seien nicht aufgehoben worden, bemerkt die Linke-Politikerin. Mit der geplanten Kürzung der Start- und Landebahn für eine andere Nutzung steige die Gemeinde Schorfheide aus dem bisherigen Konsens aus und verzichte einseitig auf die Chance der Entwicklung.

»Das ist nicht nur nicht fair, sondern es ist auch falsch«, meint Margitta Mächtig. »Es ist schwierig, sich aus einem solchen Infrastrukturprojekt zu verabschieden, nur weil die Zeit noch nicht reif ist. Manchmal ist Geduld erforderlich, um über die Zukunft reden zu können, wie in diesem Fall bis nach der Fertigstellung des BBI in Schönefeld.«

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN fordert daher eine öffentliche Debatte über die Zukunft des Flugplatzes Finow und sucht das Gespräch mit dem Schorfheider Bürgermeister Uwe Schoknecht.

Deutsche Einheit?

Um mein Fazit schon vorweg zu sagen: Vor 20 Jahren wurde auf Betreiben des Kapital sichernder Kräfte der Bundesrepublik Deutschland ein Prozeß in Gang gesetzt, der in seinem Inhalt von der großen Mehrheit des deutschen Volkes so nicht gedacht und erwartet wurde. Wie stellt es sich heute im »einig deutschen Vaterland« dar?

Die Grenzen haben sich ihrem Charakter nach verändert. Aus Landesgrenzen wurden Landesgrenzen.

Man muß kein Philosoph und auch kein akademisch Ausgebildeter zu sein, um das System, in dem wir jetzt leben (müssen?), zu durchschauen. Wenn es auch von den Regierenden mit allen Mitteln des Vertuschen, Vortäuschen, Verleumdungen und Verdrehen versucht wird.

Die wirkliche Einheit, die das Fußvolk der DDR sich vorgestellt hatte, ist verloren gegangen. Aus dem sozialistischen Staat sollte nach dem Beispiel Bundesrepublik ein Sozialstaat werden, eine nach den Regeln der freiheitlich demokratischen Rechtsordnung funktionierende sogenannte Zivilgesellschaft, so proklamierten es die Bürgerrechtler und bedienten sich der Masse der Unzufriedenen.

Aber mit dem Wegfall der politisch-geographischen Grenzen schwappte die Welle des bis dahin in der BRD angestauten Blendwerks aus massenhafter Überproduktion des Kapitalstaats über. Wer rechtzeitig den Wogenkamm erreichte, schwamm oben und eroberte das rettende Ufer. Das politische Management der Kaste des Kapitals setzte neue Grenzen. Nur wer eine Lobby hat, darf an die Macht, das galt ab sofort für den Osten genauso wie schon lange für den Westen. Das konnte man so offen nicht zur Schau tragen! Es gab da geographische und politische Grenzen! Jetzt, wo sie weg waren, entfaltet das Finanzkapital seine Macht. Wer von den Millionen blauäugigen sozial abgesicherten Werktätigen der DDR (und auch der BRD) hat das vor dem In-Gang-Setzen der wirtschaftlichen Vereinigung schon überschauen können?

Nur einige Wenige erhoben ihre warnende Stimme. Sie wußten es nicht im vollen Umfang, aber ahnten es ansatzweise. Nach Erfüllung der ihnen zugedachten Aufgaben wurden sie schnell von den neuen Herren aus dem Westen kaltgestellt.

So ist die deutsche Einheit auf der Landkarte zwar eine geworden, aber nur wer am Kapital emanzipiert ist, hat die Chance grenzenlos zu leben.

Danach handeln alle zur Zeit Regierenden. Wer arm ist, wird ausgegrenzt, möglichst ausgegrenzt, wenn nötig mit Gesetzeskraft.

Die Millionen Arbeitslosen und Hartz IV-Bezieher sind unfreiwillig aus einst sicheren Beschäftigungsverhältnissen entlassen worden. Es wird staatlicherseits auf sie eingedroschen, als wären sie Aussätzige. Man beschämt sie, zwingt sie mit Gesetzeskraft zu unwürdigen Tätigkeiten. Um nicht ins totale »Aus« zu fallen, beugen sie sich der Willkür des Staates meist widerspruchslos.

Sehen so Gewinner aus, die in sich den Drang fühlen, die Einheit zu feiern? Nein, bestimmt nicht. Sie gehören zu den Verlierern, den Millionen Menschen, die den Profiteuren lästig sind und weg müssen.

Diese Politik ist inzwischen ein offenes Geheimnis. Und die Leidtragenden sind auch mehr und mehr Menschen im Westen der Republik, die häufig meinten, es wäre das Unvermögen der »Ossis«, wenn sie keine Arbeit haben. Nein, nein und nochmals nein! Das Vorschußkapital ist nach 20 Jahren aufgebraucht. In betrügerischer Absicht erworbene Milliarden sind in Casinos und bei Wetten verspielt worden.

Eine globale Finanzkrise bisher unbekanntem Ausmaßes war die Folge und ist – wie so gern getönt wird – absolut nicht überwunden. Ihre Andauer ist in der täglichen Politik bemerkbar und sie droht in eine globale Krise der Demokratie auszuarten.

Was ist aus den blühenden Landschaften geworden?

– aus der sozialen Marktwirtschaft mutierte eine ungehemmte freie Marktwirtschaft,

– aus demokratischer Rechtsordnung entwickelt sich zusehends der allseits in der Wahrnehmung seiner demokratischen Rechte gehemmte »Gläserne Bürger«,

– aus friedlicher Revolution wurde hemmungslos staatlich gestützte Finanzspekulation,

– anstelle blühender Landschaften kämpfen die betroffenen Menschen gegen die Folgen von Naturkatastrophen, bedingt durch ungehemmten Raubbau an der Natur und schon merklich eingetretenen Klimawandel,

– statt friedlicher Aufbauarbeit tönt immanentes, mit Terrorgefahr begründetes, Kriegsgeheul.

Gesteuerte Desinformation über die reale Lage, gezielte Verbreitung unwesentlicher Nachrichten, Benachteiligung progressiver Informationen in der Medienlandschaft desorientieren den Bürger. Für eine gesunde Urteilsfindung wichtige Tatsachen werden in den Hintergrund geschoben oder gar auf den Kopf gestellt. So erhält man sich seine Machtposition und läßt die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer werden.

Wo kann da Freude über das eigentlich gewollte Ereignis von vor 20 Jahren aufkommen?

Wen und warum sollte man feiern?

Die Ergebnisse der Eingliederung des Territoriums der DDR in das Staatsgebilde der BRD geben vielmehr Anlaß zu höchster Aufmerksamkeit bei allen Handlungen der politischen Führung vom Bundestag bis zur Kommune.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

HIER, WO ICH LEBE

*Ich eß wie du das ungereifte Obst
Die Erdbeeren und die Kirschen im September
Das Kind kommt in die Schule im August
Und nicht wie du und ich noch im September
Ich schau schon nicht mehr nach den Dingen
Sondern nach den Markennamen in
den Läden
Doch von den Songs, die meine Mutter mir von
Ihrer ABF Vermacht hat, weiß ich heut
noch jeden*

*Hier, wo ich lebe, komm ich nicht mehr an
Und kann nicht gehn nach irgendwo
Nicht heut und irgendwann*

*Ich glaub schon manchmal, was der
Kanzler glaubt
Und seine Innenaußenkriegsminister
Die Kunst, die dich ins Herz trifft und
der größte*

*Schwachsinn sind inzwischen Stiefgeschwister
Ich kann schon hinter coolen Sprüchen
Meine Ahnungslosigkeiten gut verstecken
Doch weiß ich noch genau wie Vietnam siegte
Und wie Meldungen, wie die aus Chile,
bitter schmecken*

*Hier, wo ich lebe, komm ich nicht mehr an
Und kann nicht gehn nach irgendwo
Nicht heut und irgendwann*

*Ich mach mir schon um die Patienten
Aus der Dienstagabendserie echte Sorgen
Und die Faschisten paradiern auf offener
Straße aus dem Gestern in das Morgen
Ich kauf wie du fürn bißchen Geld das Angebot
Das ich nicht brauch und nicht begehre
Doch Timur und sein Trupp und Robert Iswall
Aus der Aula komm' mir immer wieder
in die Quere*

*Hier, wo ich lebe, komm ich nicht mehr an
Und kann nicht gehn nach irgendwo
Nicht heut und irgendwann*

*Ich rauch die Zigarettensorte aus der
Kinowerbung fast wie unausweichlich
Die Aktien stehen, wenn die Erde beb't
Auf all den Todesopfern unvergleichlich
Ich glaub wie du, ich weiß, was in der Welt
Passiert, wenn ich in meine Zeitung sehe
Und doch, die Träume der Commune,
die mir mein
Vater anvertraut hat, parken noch ganz
in der Nähe*

*Hier, wo ich lebe, komm ich nicht mehr an
Und kann nicht gehn nach irgendwo
Nicht heut und irgendwann*

FRANK VIEHWEG, Liedermacher (2001)

Mit freundlicher Genehmigung des Autors. Herausgegeben anlässlich des 20. Jahrestages des Beitritts der DDR zur BRD von Margitta Mächtigt.

Eine »Wendegeschichte«

Reise in den kommunistischen Machtbereich

Den Oktober 1990 erlebte ich als Zivilbeschäftigter beim Wehrkreis Kommando (WKK) Eberswalde. Der Dienststellenleiter, ein alter NVA-Oberst, ging in den Ruhestand, während sich ein Bundeswehroffizier im Chefzimmer breitmachte. Die übrigen Militärangehörigen und Zivilangestellten wurden vom einstigen Gegner, mir als früheres Aufklärungsobjekt durchaus gut bekannt, zunächst übernommen. Daß die bisherigen Unteroffiziere und Offiziere der NVA bei der Übernahme generell um einen Dienstgrad degradiert wurden, empfanden die meisten von ihnen sicher als ziemliche Demütigung, die nur von der Angst, was künftig aus ihnen werden würde, überlagert wurde. Wie sich später manche, um ihren Arbeitsplatz

zu halten, beim früheren Feind anbiederten, war Ausdruck weiterer tiefer Demütigung.

Daß zu meinen Aufgaben nun plötzlich gehörte, jeden Morgen die Fahne mit dem Pleitegeier aufzuziehen, war im Vergleich dazu eine eher niedrigschwellige Demütigung. Dennoch erinnere ich mich noch gut an die ohnmächtige Wut, die ich damals empfand. Meinen »stillen Widerstand«, das Fähnlein nur zu Dreiviertel hochzuziehen oder das fremde Fahnenuch als Schuhputzklappen zu verwenden, bekam damals niemand mit.

Eher lächerlich für die neuen Herren wirkte eine andere Episode. Eine WKK-Mitarbeiterin fuhr im Oktober 1990 wie jedes Jahr in den Herbstferien mit ihrer Familie nach Ungarn –

also in jenes Land, das schon anderthalb Jahre zuvor im Mai 1989 das erste »Loch im Eisernen Vorhang« geöffnet hatte. Nach ihrer Rückkehr mußte sie einen Bericht schreiben – wie in DDR-Vorwendezeiten gewohnt, inzwischen aber längst vergessen. Auf dem Formular, das später u.a. vom Militärgeheimdienst der BRD, dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) ausgewertet wurde, stand als Überschrift »Reise in den kommunistischen Machtbereich«. Dies zeigte einerseits, daß die Geheimdienste hüben wie drüben ähnlich funktionierten und andererseits, wie wenig die neuen »Sieger der Geschichte« die Wende-Veränderungen wahrgenommen hatten.

GERD MARKMANN

Zum 7. Oktober 2010

Für den Frieden

»Es lebe die Deutsche Demokratische Republik« – unter diesem Motto zogen wir am 10. Jahrestag der DDR-Gründung durch Joachimsthal. Fünfzig Jahre ist das jetzt her. Wir waren beherrscht von großem Optimismus, viel Hoffnung und Zuversicht. Die Hochrufe auf den Präsidenten Wilhelm Pieck und unsere Republik zeugten von großartiger Stimmung und dem sicheren Gefühl, in einer nun bald 15jährigen friedlichen Epoche in Deutschland zu leben. Der sinnlose Krieg war noch allen Menschen gegenwärtig, die nun aufgerufen waren in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern zu leben und zu arbeiten.

Unser Wunsch nach Frieden für uns, für Europa und für die ganze Welt gründet sich in unserer Erziehung in der DDR. In meiner Generation hatten die meisten Menschen den Vater, Bruder oder Cousin im 2. Weltkrieg verloren. Wer das erfahren mußte, wird diesen Krieg nicht vergessen und auch nicht, in der DDR in Frieden gelebt und gearbeitet zu haben. Die konsequente Friedenspolitik der DDR fand daher in der Bevölkerung breite Unterstützung. Unsere Republik hat dazu beigetragen, den Frieden in Europa zu erhalten. Über 40 Jahre war uns das gelungen.

Kein Jahrzehnt nach dem Ende der DDR führte das vereinigte Deutschland wieder Krieg. Zunächst in Jugoslawien, einem Land, das die Stiefel deutscher Soldaten nur zu gut aus der Geschichte kannte. Bald darauf erfolgte die »Vorneverteidigung« der deutschen Grenzen am Hindukusch.

Ich rufe deshalb alle friedliebenden Menschen auf, zur nächsten Wahl, die bald kommt, jene Parteien nicht zu wählen, die gestern und heute für die Teilnahme Deutschlands an Kriegen wie in Jugoslawien und Afghanistan stimmten und stimmen.

NORBERT GLASKE

Wunsch nach mehr Gerechtigkeit

Am Vortag der deutschen Einheit suchte die Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern auf dem Marktplatz ihrer Heimatstadt Bernau bei Berlin. Dabei stand im Gegensatz zu den öffentlichen Feierlichkeiten nicht die Bilanz der vergangenen 20 Jahre im Mittelpunkt, sondern das, was die Bürgerinnen und Bürger von den Regierenden für die Zukunft erwarten. Die Passanten konnten ihre Wünsche an die Bundesregierung auch schriftlich formulieren. Wir fragten Dr. Dagmar Enkelmann nach den Wünschen der Bewohner.

Wie haben die Bewohner Ihrer Heimatstadt ihre persönliche Bilanz nach 20 Jahren deutscher Einheit eingeschätzt?

Dagmar Enkelmann: *Naturgemäß ganz unterschiedlich. Dabei werden Vorteile wie Reisefreiheit und demokratische Offenheit mit der zunehmenden Sorge um die soziale Sicherheit in diesem Land abgewogen.*

Welche Sorgen sind das ganz konkret?

Dagmar Enkelmann: *Ich habe bemerkt, daß sich viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht nur Sorgen um die Sicherheit ihre Rente machen, sondern auch an die Generation ihrer Enkel denken.*

Zum Beispiel eine bessere Förderung der Kinderbetreuung und der Berufsausbildung. Keine Verlängerung der Laufzeiten für die Atommeiler, sondern der Ausstieg aus der Atomwirtschaft wurde verlangt. Auch das in Hinblick auf die Zukunft der nachfolgenden Generationen.

Ich denke, die Bürgerinnen und Bürger erkennen sehr genau, wo die Gerechtigkeitslücke in dieser Gesellschaft klappt: Keine Steuervergünstigungen mehr für Banken und Millionäre wurden gefordert. Hartz IV ist keine Lösung, schrieb jemand in den Brief an Frau Merkel.

Das Gespräch führte Margot Ziemann



Ein Haushalt mit sozialer Schieflage

von Dr. Helmut Koch

Dieser Haushalt der schwarz-gelben Bundesregierung ist ein Ausdruck der sozialen Schieflage, die dazu beiträgt, daß die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander geht. Er trägt im wahrsten Sinne des Wortes die Handschrift der Konzern- und Bankbosse und ihrer Lobby. Er ist auch dadurch gekennzeichnet, daß bei den Arbeitslosen und Geringverdienern rücksichtslos gespart wird und daß andererseits die großen Banken und Konzerne als Verursacher der Krise nicht nur geschont, sondern sogar noch bevorteilt werden. Die Klientelpolitik der Bundesregierung zu Lasten der sozial Schwachen wird besonders auf dem Gebiet der Stromkonzerne mit ihren Atomkraftwerken, der Pharmakonzerne im Gesundheitswesen, der Großbanken und der Baukonzerne deutlich. Es scheint mir deshalb dringend geboten, diese allgemeinen Feststellungen nachgehend anhand der Fakten und Realitäten zu beweisen.

Um die Klientelpolitik zu Gunsten der vier marktbeherrschenden Stromkonzerne zu vertuschen und die Öffentlichkeit zu täuschen wird behauptet, daß diese angeblich durch die Brennelemente-Steuer und eine Abgabe einen wichtigen Beitrag für den Haushalt und die erneuerbaren Energien leisten.

Damit wird die Wahrheit auf den Kopf gestellt. Neutrale Institute haben errechnet, daß mit der verlängerten Laufzeit der Atomkraftwerke um durchschnittlich 12 Jahre und der zu erwartenden Preisentwicklung die Stromkonzerne insgesamt zusätzliche Profite von 127 Milliarden Euro erreichen. Die Brennelemente-Steuer und die Abgaben für erneuerbare Energie machen maximal 24 Milliarden Euro aus, wovon noch steuerliche Abzüge möglich sind. Der faule Deal der Bundesregierung mit den Stromkonzernen bringt diesen somit einen zusätzlichen Profit von über 100 Milliarden Euro, der in keinem Verhältnis zu den Mehrausgaben steht.

Hinzu kommt, daß mit diesem Deal die Sicherheit verkauft wird und daß er in einer Geheimvereinbarung vorbei am Parlament und der Öffentlichkeit verfassungswidrig ausgehandelt wurde. Das wäre doch einmal ein echtes Thema für den Verfassungsschutz, an Stelle die Linkspartei zu beobachten.

Auch die großen Pharmakonzerne sind die Gewinner dieser Haushalts- und Gesundheitspolitik dieser Regierung. Sie besteht in der Grundlinie darin, die künftigen Mehrkosten im Gesundheitswesen ausschließlich den Arbeitnehmern und Mitgliedern der gesetzlichen Krankenkassen aufzubürden, indem der Anteil der Arbeitgeber an den Beiträgen eingefroren und der Preistreiber der Pharmakonzerne trotz aller schönen Reden kein Einhalt sondern noch Vorschub geleistet wird. Andererseits werden Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitslose neben steigenden Beiträgen und Praxisgebühren zusätzlich mit Sonderabgaben und Zuschlägen bei Medikamenten belastet.

Der Skandal bestehe darin, daß jährlich über 32 Milliarden Euro für Medikamente bezahlt werden, was auf deutlich überhöhte Preise der Pharmakonzerne zurückzuführen ist. So liegen die Medikamentenpreise in der BRD teilweise über 50 % höher als in vergleichbaren EU-Ländern. Beispielsweise könnten bei einem Preisniveau wie in Schweden jährlich 9,4 Milliarden Euro eingespart werden. Der so viel beschwo-

rene Wettbewerb wird durch die Bundesregierung durch ein Importverbot von Medikamenten für Krankenhäuser und Apotheken im Interesse der Pharmaindustrie unterbunden.

Auch die privaten Versicherungen werden dadurch bevorteilt, daß künftig Zusatzversicherungen durch die gesetzlichen Krankenkassen verboten und nur den privaten Versicherungen vorbehalten sind. Auch auf diesem wichtigen Gebiet wird die Klientelpolitik der Bundesregierung zu Lasten der Arbeitnehmer deutlich. Eine grundlegende Veränderung wäre durch eine Bürgerversicherung möglich, in die alle entsprechend ihrer Einkommen einzahlen.



Bekanntlich waren es die Großbanken und Konzerne, die für die Krise und ihre Folgen verantwortlich sind. Typisch für diesen Haushalt ist, daß entgegen allen großen Worten und Versprechungen der Regierenden dieser Verursacher überhaupt nicht zur Kasse gebeten werden. Als Gegenargument wird dabei die sogenannte Bankenabgabe angeführt. Das ist bei näherer Betrachtung der Versuch einer gigantischen Irreführung der Öffentlichkeit.

Bekanntlich wurden 480 Milliarden und neuerlich so nebenbei weitere 40 Milliarden Euro in wenigen Tagen am Parlament vorbei für die Rettung der Banken bereit gestellt. Die jetzt angestrebte jährliche Bankenabgabe von maximal 2,3 Milliarden Euro müsste über einen Zeitraum von 200 Jahren erhoben werden, um einen Ausgleich zu erzielen. Hinzu kommt, daß diese Abgabe überhaupt nicht für den Staatshaushalt sondern für den Ausgleich zwischen den Banken bestimmt ist.

Ein weiterer Skandal besteht darin, daß von den großen Worten der Regulierung der Finanz- und Bankwirtschaft fast nichts Konkretes übrig geblieben ist und diese weiterhin ungestört spekulieren und zocken wie bisher. Auch die Einkünfte und Bonis der Bankbosse und Manager steigen weiter an, als ob des keine Krise gegeben hätte. So zahlt die pleite ge-

gangene und verstaatlichte Hypo-Real Estate Bank 25 Millionen Euro Boni und die wenigen Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank verdienen mehr als die über 600 Abgeordneten des Bundestages zusammen.

Gegenwärtig gibt es eine große und berechtigte Diskussion über den Bau eines unterirdischen Bahnhofs in Stuttgart, der sich als ein sinnloses Milliardengrab herausgestellt hat. Auch dieses Vorhaben ist ein Beispiel und Ausdruck der Klientelpolitik der Bundesregierung und des zuständigen Landes. Es beruht am Ende nur darauf, sozusagen ohne Rücksicht auf Verluste die Interessen der großen Baukonzerne wahrzunehmen. Für gut halte ich, daß die Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart – und beispielsweise auch die Demonstranten in Berlin gegen die Atomlobby – erkennen, daß dieser Klientelpolitik auch mit außerparlamentarischen Aktionen entgegen gewirkt werden muß.

Im Ergebnis einer solchen Politik der sozialen Schieflage werden vor allem die Hartz IV-Empfänger durch den Wegfall des Elterngeldes, der Rentenbeiträge und der Heizkostenzuschüsse sowie der Einschränkung ihrer Aus- und Weiterbildung drastisch verschlechtert. Auch 22 % der Arbeitnehmer verdienen weniger als 860 Euro im Monat, können von ihrer Arbeit nicht leben und beziehen staatliche Zuschüsse. Aus dieser Sicht müssen auch die »statistischen Erfolge« bei der Arbeitslosigkeit gesehen werden.

Interessant ist, daß die Belastungen der Bürger aus den neuen Bundesländern durch das Sparpaket pro Kopf etwa doppelt so hoch als in den alten Bundesländern. Dem steht gegenüber, daß trotz Krise die Zahl der Vermögensmillionäre auf 861 000 angestiegen ist. Recht haben deshalb die Abgeordneten der Linkspartei wenn sie im Bundestag fordern, endlich dieser unsozialen Politik Einhalt zu gebieten.

Das sollte durch flächendeckende Mindestlöhne, eine Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes, eine Abgabe für Millionäre und durch eine Börsenumsatzsteuer geschehen. Das Milliardengeschenk an das Hotelgewerbe sollte rückgängig gemacht werden und die Erbschaftssteuer wäre so zu verändern, daß sie diesen Namen verdient. Schon ein Teil dieser überfälligen Maßnahmen würde ausreichen, um auf die sozialen Ungerechtigkeiten des Sparpaketes in diesem Haushalt zu verzichten.

Abspecken und erdverkabeln!

Zum Abschluß der Einwendungsfrist gegen die geplante 380-kV-Freileitung

Am 27.9. endete die Auslegungs- und Einwendungsfrist für die von 50 Hertz Transmission geplante 380-kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen (»Uckermarkleitung«). Für eine Bilanz ist es noch zu früh, aber einige wichtige Punkte möchte ich schon festhalten.

Die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« konzentrierte ihre Aktivitäten in dieser Phase des Planfeststellungsverfahrens auf zwei Punkte. Zunächst ging es um die Mobilisierung möglichst vieler Einwendungen, weshalb an die Unterzeichner des Trassenprotests vom Herbst/Winter 2008 eine Information zum Planfeststellungsverfahren und ein Einwendungsformular verschickt wurden. Es ist unklar, wie viele Adressaten darauf positiv reagiert und das ausgefüllte Formular an das Bergamt nach Cottbus geschickt haben. Es werden schon einige gewesen sein, denn gelegentlich wurde ich von Freunden und Bekannten angesprochen, die von der BI Post erhalten und positiv darauf reagiert hatten.

Sehr wirkungsvoll erwies sich die Mobilisierung der Trassenanwohner durch die Zusammenarbeit der BI und ihrer Unterstützer mit den Ortsvorstehern. So wurden nach einer gut besuchten Einwohnerversammlung in Schmaragdendorf mehr als 170 Einwendungen gesammelt. Auch in Senftenhütte (mehr als 100 Einwendungen) und Serwest (ca. 50 Einwendungen) erwiesen sich die Bürgerversammlungen als bestes Mobilisierungsinstrument, da auf den Versammlungen anhand von Kartenmaterial über die konkrete Trassenplanung und ihre Auswirkungen informiert werden konnte. In den Trassengemeinden kam es zum Schulter-schluß von Zuzüglern und Alteingesessenen.

Festzuhalten ist, daß zwischen Eberswalde und Angermünde in sechs Wochen ca. 500 Einwendungen von Unterstützern des Trassenprotests eingesammelt und nach Cottbus geschickt werden konnten. Das ist ein beachtliches Ergebnis, wenn man weiß, daß die Sammlung von ca. 2000 Unterschriften für den Trassenprotest im Jahr 2008 mehrere Monate benötigt hat.

Zweiter Schwerpunkt der BI-Aktionen war die »Öffentliche Anhörung zur Trassenplanung« am 1. September im Franziskanerkloster in Angermünde, zu der sich immerhin mehr als 70 Bürger eingefunden hatten, um 6 Stunden den geladenen Experten beider Seiten zu lauschen und Fragen zu stellen.

Für diese Veranstaltung wurde durch zwei Auftritte von Spilwuts Straßentheater in Angermünde und Eberswalde am Vortag geworben. Die schöne Jungfer Uckermark, die zu den Klängen von Streisands Dudelsack glücklich mit ihrem Kind auf der grünen Wiese spielte, wurde von einem Monsternast arg bedrängt, bis ihr die Zuschauer zu Hilfe kamen und den Bösewicht verjagten. Die Reaktion der Bürger war allerdings etwas verhalten, manchen waren ihre Markteinkäufe wichtiger als der Spek-



takel vor dem Rathaus. Nur wenige ließen sich von dem Ruf locken. »Treten Sie näher, treten Sie ran, denn gleich fängt das Theater an!« Da waren die Schüler in Angermünde schon lebendiger und folgten temperamentvoll der Einladung, den gigantischen Mast vom Platz zu jagen.

Immerhin war das Presseecho positiv und die gute Resonanz, die die Einladung zur Anhörung im Franziskanerkloster gefunden hat, spricht dafür, daß die Mobilisierung der von der Trasse Betroffenen gelungen ist.

Am 10. September erhielten die Kommunen, die sich an der Finanzierung der Gutachten beteiligt hatten, die Unterlagen von Prof. Jarass (technisches Gutachten), Dr. Oberfeld (umweltmedizinische Stellungnahme), Dr. Henne (Landschaftsschutz) und Dr. Flade (Vogelschutz) zur geplanten Freileitung

Jetzt kam es darauf an, wie die Verwaltungen damit arbeiten würden. Die Stellungnahme der Stadt Eberswalde liegt vor und wer die Gutachten kennt, weiß, daß sie von den Sachbearbeitern sehr genau gelesen und verarbeitet worden sind. Diese Stellungnahmen sind für die Vattenfallplanung, die sich 50Hertz Transmission zu eigen gemacht hat, vernichtend.

Bereits vorher hatten sich die Ortsvorsteher aus dem Brandenburgischen Viertel (Carsten Zinn) und aus Finow (Arnold Kuchenbecker) über die Details der Trassenplanung informiert und klare ablehnende Stellungnahmen formuliert (vgl. BBP 9/2010). Kurz vor Ende der Einwendungsfrist wurden auch die Stellungnahmen der Naturschutzverbände zugestellt. Auch hier ein klares, wohl begründetes Votum gegen die beantragte 380-kV-Freileitung.

Von Angermünde, 2008 Schrittmacher im Trassenprotest, ist ebenfalls eine beinharte Zurückweisung der Planung zu erwarten, wie auch von der Biosphärenreservatsverwaltung, denn eine 380-kV-Freileitung ist mit den Zie-

len des Biosphärenreservats schlicht nicht vereinbar. (Es bleibt den professionellen Abnickern im Landesumweltamt vorbehalten, diese Stellungnahme zu verwässern, vielleicht in der irrigen Annahme, die Nichtverhinderung einer 380-kV-Freileitung durch drei Schutzgebiete sei karriereförderlich. Wir werden sehen.)

Für 50 Hertz Transmission wird es also eng. Auf der Basis von mehr als 500 Einwendungen allein aus dem Biosphärenreservat,

Eberswalde und Angermünde und durchweg ablehnenden Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange wird das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, wenn es ordnungsgemäß arbeitet, nicht zu einem für den Antragsteller positiven Planfeststellungsbeschluß kommen können.

Für 50 Hertz Transmission scheint guter Rat teuer. Um teilweise Erdverkabelung der »Uckermarkleitung« in Eberswalde, im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und im Randow-Welse-Bruch werden sie nicht herumkommen.

Vielleicht rechnen sie auch noch einmal nach, ob sie wirklich eine 380-kV-Leitung brauchen mit der 4,5 fache Übertragungskapazität der bestehenden 220-kV-Freileitung. »Abspecken und erdverkabeln!« das ist der einzige Rat, den man diesen Leuten jetzt geben kann.

Was das kostet? Auch das kann man sagen. E-on hat schon im Jahr 2007 für fünf Trassenprojekte mit Teilverkabelungen in Niedersachsen Kalkulationen vorgelegt. Pro Kilometer muß mit Mehrkosten von ca. drei Millionen Euro gerechnet werden. Die Erdverkabelung bei der Querung Eberswaldes (2,5 km) würde also 7,5 Millionen Euro kosten und die Querung des Biosphärenreservats (25 km) ungefähr 75 Millionen. Einen Trost kann man den Leuten noch spenden: Wenn sie erdverkabeln, können sie einen kürzeren Weg durch das Biosphärenreservat nehmen und wenn sie die Leitung abspecken, wird die Erdverkabelung billiger. 82,5 Mio. Euro sind also die Obergrenze der Belastungen.

Eins steht fest, mit der 380-kV-Freileitung kommen sie nicht durch, nicht durch Eberswalde und auch nicht durch das Biosphärenreservat.

Es bleibt dabei: Nicht über unsere Köpfe!

HARTMUT LINDNER

Speichertechnologie kann Obus revolutionieren

In Eberswalde wird neue Technik aus Supercaps und Batterien getestet

Eberswalde (prest-bar). Obusse sind leise, Obusse sind schnell und Obusse stoßen keine Schadstoffe aus. Wenn überhaupt, haben Oberleitungsbusse nur einen Nachteil: Sie hängen an der Strippe und kommen davon nicht weg, sie sind unflexibel in der Streckenführung.

Mit diesem Makel wollen sich der Landkreis Barnim und sein Tochterunternehmen die Barnimer Dienstleistungsgesellschaft (BBG) nicht zufrieden geben. Sie suchten ein Unternehmen, das mit ihnen einen Energiespeicher entwickelt, der den ältesten Obus Deutschlands in Eberswalde unabhängiger macht.

Die Suche gelang schließlich. In Eberswalde ist am 14. September der erste Hybrid-Obus präsentiert und zur Probe gefahren worden. »Hier haben wir eine wirkliche Innovation vorangetrieben«, lobte Landrat Bodo Ihrke. Die BBG testet den ersten Obus überhaupt, der mit dieser neuen Technik ausgestattet ist. »Mit diesem Prototyp werden wir jetzt Erfahrungen sammeln müssen, damit die Technologie zur Serienreife gebracht wird«, skizzierte Bodo Ihrke die nächsten Schritte.

Der Speicher soll nach dem Willen des Landkreises zwei Funktionen erfüllen. Zum ei-

nen soll er die rückgewonnene Bremsenergie speichern, die vom Netz nicht aufgenommen wird, um sie beim Anfahren und Beschleunigen des Obusses wieder einzusetzen. Damit soll die Energieeffizienz des Fahrzeuges erhöht werden und die vom Energieversorger gezogene elektrische Leistung reduziert werden. Zum zweiten soll der Speicher Energie für eine Fahrt ohne Oberleitung zur Verfügung stellen, um flexibler zu werden.

Der Hybrid Obus Nr. 029: Die Firma RWS Railway Service GmbH aus Neuenhagen im Landkreis Märkisch Oderland hat sich bereit erklärt, gemeinsam mit der BBG so einen Energiespeicher zu entwickeln. Das Land Brandenburg und die Europäische Union haben die Forschung gefördert. Das Fraunhofer Institut und die Firma Vossloh-Kiepe unterstützen und begleiten das Projekt. Der getestete Speicher kombiniert nun Lithium-Keramik-Batterien und Hochleistungskondensatoren, sogenannte Supercaps. Diese Kombination gleicht die Nachteile beider Speicherarten aus. Eine Batterie benötigt für den Umwandlungsprozess von elektrischer in chemische Energie und umgekehrt Zeit, die für die Rückgewinnung der Bremsenergie wesentlich zu lang ist. Beim

Bremsen des Busses fallen jedoch in sehr kurzer Zeit große Mengen an Energie an, die von der Batterie nicht so schnell aufgenommen werden können. Hier kommen die Supercaps ins Spiel. Ihr Nachteil ist, daß ihr Speichervolumen nicht sehr groß ist.

Inzwischen ist der Speicher gebaut und nach einem erfolgreichen Test des Fraunhofer Instituts Dresden in den Obus 029 eingebaut worden. Die BBG hat sich bereit erklärt, einen Obus als Versuchsfahrzeug zur Verfügung zu stellen und die Versuchsfahrten zu begleiten.

Die ersten Fahrten waren erfolgreich. Zuerst wurde auf dem Betriebsgelände getestet und dabei schon eine Strecke von sechs Kilometern ohne Oberleitung zurückgelegt. In den nächsten Schritten wird die neue Technologie auf Straßentauglichkeit im Liniennetz geprüft, zuerst ohne Fahrgäste nur mit Sandsäcken zur Belastung. Bei Erfolg wird die Probierphase auf den Linienbetrieb ausgeweitet. Zielstellung der BBG ist es, das Speichersystem auf die neue Obusgeneration anzupassen, die ab 2010 bis 2012 schrittweise gekauft wird. Die Lieferung der letzten drei Obusse 2012 sollte nach dem Wunsch der Barnimer schon über diesen neuen Speicher verfügen.

15 Jahre Barnimer Umweltpreis

Eberswalde (b90/grüne). Zum 15. Mal haben Bündnis 90/Die Grünen den Barnimer Umweltpreis verliehen. Am 17. September überreichten Andreas Fennert, Aufsichtsrat bei der Wohnungsbaugesellschaft und Hauptstifter des Preises, und Kreissprecher Karl-Dietrich Lafin, Ehrenurkunde und Preisgeld für besonderes ehrenamtliches Engagement im Umwelt- und Naturschutz. Der 1. Preis wird in diesem Jahr mit jeweils 300 Euro Preisgeld zwischen zwei Bewerbern geteilt. Beide leisten seit vielen Jahren vorbildliche praktische Naturschutzarbeit im Barnim: Ralf-Dietrich Böhlke aus Neugrimmnitz und Gerhard Meyer aus Seefeld.

Ralf Dietrich Böhlke kam nach der Wende gemeinsam mit seiner Frau aus Dortmund nach Neugrimmnitz. Dort hat er das Grundstück seiner Großeltern übernommen und sich von Beginn an für den Naturschutz und die touristische Entwicklung engagiert. Inzwischen befindet sich in seinem Haus ein Heimatmuseum. Ralf-Dietrich Böhlke, in der Region nur als »Orgel-Böhlke« bekannt, legte Feuchtbiotop und Streuobstwiesen an, entsiegelte Flächen, baute einen Beobachtungsturm und gestaltete ein ehemaliges Trafohäuschen zum Fledermausquartier um. Auch für die Beschilderung von Naturdenkmälern sorgte er. Für all die Maßnahmen, die in seinem Heimatdorf und darüber hinaus sichtbare Spuren hinterlassen haben, setzte er neben ungezählten Arbeitsstunden nicht unerhebliche private Mittel ein.

Gerhard Meyer ist seit mehr als 30 Jahren ehrenamtlicher Storchbetreuer des Nabu für den Niederbarnim. Alljährlich kümmert er sich um den Erhalt oder den Ersatz von Storchennestern, eilt herbei, wenn es Probleme mit verletzten Tieren oder Jungstörchen gibt und führt gewissenhaft Statistik über den Storchbestand und die Bruterfolge »seiner« Störche.

Den 3. Preis und 100 Euro erhält wie im Vorjahr die AG Natur und Umwelt Eberswalde des Nabu Barnim. Die ehrenamtlichen Betreuer haben es ein weiteres Jahr lang geschafft, wöchentlich einmal spannende Naturerlebnisse, Exkursionen und Aktionen für Kinder von 9 bis 12 Jahren anzubieten. Die Kinder werden für die Natur begeistert und für Umweltthemen sensibilisiert. Sie experimentierten mit verschiedenen Getreidesorten, erforschten die Herkunft unserer Lebensmittel und erfaßten die Tierwelt des forstbotanischen Gartens.

Eine Anerkennung erhielt die Abteilung Segeln des SV Stahl Finow. Die 175 Segler des Vereins achten bei der Ausübung ihres Sports und dem Betrieb ihres Vereinsgeländes am Werbellinsee ganz bewußt auf den Schutz der Natur. Mitglieder und Besucher werden durch eine Infotafel über empfindliche Naturbereiche in der Hafenumgebung und umweltgerechtes Verhalten informiert. Das Hafengelände wurde naturnah gestaltet und auf den Einsatz umweltbelastender Reinigungsmittel und giftiger Bootsanstriche wird verzichtet.

Einwendungen gesammelt

Chorin (bbp). Der Landtagsabgeordnete Dr. Michael Luthardt (DIE LINKE) beteiligte sich aktiv an der Kampagne gegen die 380-kV-Freileitung durch Eberswalde und das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin. Der Wahlkreis Dr. Luthardts reicht von Stolzenhagen im Nordosten und Eiche im äußersten Süden des Landkreises Barnim. Um flächendeckend präsent zu sein, nutzt er regelmäßig sein Bürgermobil für Sprechstunden in den einzelnen Gemeinden und Ortsteilen. Während der Auslegungsfrist im Planfeststellungsverfahren für die 380-kV-Freileitung nahm er dabei auch die Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern entgegen und leitete sie an die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom« weiter.

Nachdem im Oberbarnim und der Uckermark bereits seit Ende August Aktionen zur Information der Bürgerinnen und Bürger über die Einwendungsmöglichkeiten gegen die geplante 380-KV-Freileitung stattgefunden hatten, rief Dr. Luthardt auch die Bürgerinnen und Bürger im Niederbarnim auf, sich gegen die geplante Trassenführung zu engagieren, von der auch Gebiete im Süden seines Wahlkreises betroffen sind. So auf seiner Biesenthal-Tour mit dem Bürgermobil am 16. September.

Mit dem Bürgermobil wird Dr. Michael Luthardt auch künftig in seinem Wahlkreis unterwegs sein. Die Tourenpläne können über die Internetseite des Landtagsabgeordneten abgerufen werden (www.michael-luthardt.de).

Zu den unverzichtbaren demokratisch-sozialistischen Grundideen gehören: 1. die individuellen Freiheitsrechte als Prinzip einer solidarischen und freiheitlichen Gesellschaft, 2. der notwendige sozial-ökologischen Umbau anstelle profitorientierten Wachstums sowie 3. die Gesellschaftsveränderung durch einen längeren, schrittweisen emanzipatorischen Prozeß der Transformation...

Wer all seine Kraft auf den Bruchpunkt des Umschlags vom Kapitalismus zum Sozialismus konzentriert, wird politisch handlungsunfähig... Nötig ist also die Identifizierung von Reformprojekten, die das Potential besitzen, transformatorischen Charakter zu entfalten und gesellschaftlich hegemoniefähig zu sein. Wir bezeichnen solche Reformvorhaben auch als Transformationsprojekte.

Um diese Projekte zu erkennen und zu entwickeln, ist es wichtig, sich einen Begriff vom Heute zu machen. Erst dann wissen wir, wohin wir gehen wollen.

Wir schlagen unsererseits drei Transformationsprojekte vor, die zeigen sollen, wohin die LINKE gehen will: (1) Demokratisierung der Wirtschaft und Rückgewinnung des Öffentlichen, (2) die Neukonstituierung der Arbeitsgesellschaft, (3) Sozial-ökologischer Umbau statt Öko-Kapitalismus. Dieses Herangehen verstehen wir als Linksreformismus, also radikalen Reformismus...

Auch ist ein realistisches Bild vom Heute erforderlich. Festzustellen ist, daß neoliberale Politik sich auf gesellschaftliche Zustimmung stützen kann, die auf breit verankerten Normen und Werten beruht. Diese Normen und Werte wollen wir in Frage stellen und verändern. Dazu sind die Menschen als Subjekte von Veränderung in den Blick zu nehmen. Für uns gilt der alte Satz: »Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun«.

Die unterschiedlichen Grundlogiken im Hinblick auf die Transformationsfähigkeit kapitalistischer Gesellschaften sowie ökonomistische Verkürzungen sind im Programmwurf deutlich. Aber auch blinde Flecken im Hinblick auf das Verhältnis von Kapitalismus, Sexismus und Rassismus zeigen sich. Patriarchale Strukturen und die Frauenunterdrückung sind älter als der Kapitalismus und werden mit seiner Überwindung nicht automatisch aufgelöst. Daß Geschlechterverhältnisse, Herrschafts- und Diskriminierungsverhältnisse miteinander verwoben sind, dessen müssen wir bewußt sein, um darauf aufbauend emanzipatorische Strategien zu entwickeln.

Moderne Herrschaft und so auch das die vergangenen dreißig Jahre dominierende neoliberale Modell basieren weniger auf staatlichem Gewaltmonopol, also staatlichem Zwang, als vielmehr auf gesellschaftlichem Konsens. Also aktiver und passiver Zustimmung in Form von Alltagshandeln.

Die wichtigsten Bereiche staatlicher Herrschaft sind deshalb nicht die administrativen Kommandohöhen, sondern die Orte, an denen

Emanzipatorische Transformation

von Margitta Mächtigt

Das Forum Demokratischer Sozialismus (fds)* bringt sich in die innerparteilichen Debatten zur programmatischen und strategischen Ausrichtung unserer Partei DIE LINKE ein und hat sich mit 13 Thesen in die aktuelle Programmdebatte eingebracht. Hier einige Gedanken:



der Konsens entsteht: die Zivilgesellschaft, gefaßt als der Bereich der Interessenvermittlung, bestehend u.a. aus Bildungseinrichtungen, insbesondere Hochschulen, Massenmedien, Verbänden, Parteien.

Entgegen dem Staatsbild im Programmwurf umfaßt staatliche Herrschaft also mehr als den Dreiklang aus Kapitalismus, Neoliberalismus und Oligopolen. Die Krise des Neoliberalismus als eine Hegemonie-Krise kenntlich zu machen, eröffnet unseres Erachtens erst den notwendigen Blick auf die spannenden künftigen Felder der Auseinandersetzung und schützt vor Illusionen im Hinblick auf außerparlamentarisches, parlamentarisches und Regierungshandeln...

Wachstum, ob im Kapitalismus oder Sozialismus, kann und soll künftig nur diejenigen Bereiche umfassen, die der Nachhaltigkeit und Lebensqualität dienen. Schrumpfen muß, was Naturressourcen ausbeutet, die Risikoverlagerung begünstigt oder sozial ungerecht ist... Zu berücksichtigen ist auch, daß sich mit der Eigentumsfrage allein die bestehenden gesellschaftlichen Probleme nicht lösen lassen, beachtet werden müssen weitere Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse, demokratische Defizite etc. Die radikale, im Sinne des Wortursprungs radix – an die Wurzel gehend, Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, die wir anstreben, drückt für uns die neue Qualität gesellschaftlicher Veränderung aus, die wir als demokratischen Sozialismus verstehen.

Das von uns angestrebte Transformationsprojekt geht davon aus, daß der Profit- und Marktmechanismus eine Einheit von Freiheit und Gleichheit nicht herzustellen vermag. Er produziert das Gegenteil von Solidarität.

Die Antwort auf Marktradikalismus und so-

ziale Desintegration liegt deshalb in der Stärkung des öffentlichen Sektors und der Demokratisierung der Wirtschaft. Dazu gehören kollektive Regeln, Mitbestimmung in Betrieb und Gesellschaft, gerechte Verteilung, öffentliches Eigentum. Es geht um Kooperation statt Konkurrenz. Um eine Gesellschaft, in der jede und jeder in sozial gleicher Weise an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Solidarität teilhaben kann.

Angestrebt wird die Verknüpfung von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Demokratisierung, die Überwindung nationalstaatlicher Orientierung zugunsten mindestens europaweiter Perspektiven.

Ein neuer Arbeitsbegriff und entsprechenden Reproduktionsverhältnissen aus queerfeministischer Sicht ist für uns notwendiger Bestandteil des vom fds vorgeschlagenen zweiten Reformprojektes der LINKEN: Gute Arbeit fair teilen – kurze Vollzeit für alle...

Da ein Abbau der Massenarbeitslosigkeit nur darüber erreichbar ist, daß die regelmäßige Arbeitszeit im gleichen Maße sinkt, wie die Arbeitsproduktivität steigt, plädieren wir für eine konsequente Politik der Arbeitszeitverkürzung.

Die Verbesserung der Qualität der Arbeitsbedingungen, die Entwicklung eines neuen Arbeitsverständnisses und die Durchsetzung eines tatsächlichen Rechts auf Arbeit fassen wir unter das Motto »Gute Arbeit fair teilen – kurze Vollzeit für alle«.

Der Umbau der Arbeitsgesellschaft wird darüber hinausgehen müssen. Arbeitszeitverkürzung ist somit nicht nur ein Instrument der Beschäftigungspolitik, sondern Teil von Gesellschaftsveränderung. Der wahre Fortschritt einer Gesellschaft besteht in der Verringerung der notwendigen und der Ausweitung der freiwilligen Arbeit.

Das ehrenamtliche, soziale und kulturelle Engagement erhöht die gesellschaftliche Schöpferkraft, steigert ihre Kreativität und trägt im entscheidenden Maße auch zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bei.

Für unverzichtbar halten wir eine bedarfsorientierte Grundsicherung, um Menschen, die keine Erwerbsarbeit finden oder ausüben können, vollständig ins gesellschaftliche Leben zu integrieren. Die ist kein Almosen, sondern eine Investition in die gesamtgesellschaftliche Produktivität.

Wir verstehen den sozial-ökologischen Umbau als ein dialektisches Verhältnis. Denn zum einen benötigt der Umbau für seine Durchsetzung bereits mindestens Rudimente einer solchen umweltverträglichen Lebensweise. Zum anderen wird der sozial-ökologische Umbau die umweltverträgliche Lebensweise befördern und immer wieder dazu zwingen, die Vorstellung von Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit dem Stand der gesellschaftlichen Bedürfnisse und technischen Möglichkeiten anzupassen.

Sozialistische Friedenspolitik muß radikal in ihrer Kritik an Krieg, Rüstung, Völkerrechtsbruch und Menschenrechtsverletzungen sein. Wir sehen die UNO in zentraler Funktion für Friedenssicherung und Konfliktbearbeitung...

Angesichts des hohen Verflechtungsgrades in der Europäischen Union und mit Blick auf deren wachsende Bedeutung als steuernder Akteur im Globalisierungszeitalter bleibt eine proeuropäische Position der LINKEN zentral. Zugleich verbindet sich damit die Herausforderung, die EU hin zu einer Sozialunion und wirklichen Friedensmacht zu reformieren.

In der Friedens- und Sicherheitspolitik wünschen wir uns einen Programmentwurf mit drei Merkmalen: radikal in der Kritik herrschender Konfliktlösungsmechanismen, visionär in den grundsätzlichen Alternativen zur gegenwärtigen Außen- und Militärpolitik sowie zugleich realistisch in den transformatorischen Prozeßbeschreibungen bei der Schaffung einer neuen Sicherheitsarchitektur.

Demokratischen Sozialist/-innen ist es wichtig, die demokratische und freiheitliche Tradition des Sozialismus zu betonen und sich klar von den autoritären und verbrecherischen Deformationen des Stalinismus zu distanzieren.

* Das Forum Demokratischer Sozialismus (fds) ist ein Zusammenschluß innerhalb der Partei der LINKEN. Seit dem Zusammenschluß der PDS mit der WASG tritt das Forum dafür ein, »daß der demokratische Sozialismus Grundlage der Politik der neuen Linkspartei und in dieser neuen Linkspartei mehrheitsfähig wird«. Zum Selbstverständnis zählte von Beginn an ein offener Umgang mit Regierungsbeteiligungen, ein Crossover-Diskurs mit undogmatischen Linken, auch in SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Von innerparteilichen Kritikern wird das fds als Bewegung realpolitischer Pragmatiker und unkritischer Befürworter von Regierungsbeteiligungen charakterisiert.

Gregor Beyer neuer FDP-Generalsekretär

Potsdam (fdp). Auf seiner Sitzung am 3. September hat der Landesvorstand der FDP Brandenburg den 42-jährigen Landtagsabgeordneten Gregor Beyer einstimmig zu ihrem neuen Generalsekretär nominiert. Der Barnimer wurde am 11.09.1968 geboren, er lebt seit 1993 in

Eberswalde, ist verheiratet und hat drei Söhne. Die Nachwahl wurde notwendig, da der bisherige Generalsekretär Andreas Büttner sein Amt niedergelegt hatte. Büttner wurde zum neuen Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Landtag von Brandenburg gewählt.

Bitte keine mediale Eventshow

In Vorbereitung der Einwohnerversammlung im Brandenburgischen Viertel am 14. Oktober sandte Ortsvorsteher CARSTEN ZINN einige »kritische Anmerkungen und Hinweise sowie im Interesse der hiesigen EinwohnerInnenenschaft liegenden Fragestellungen« an Bürgermeister Friedhelm Boginski:

Zunächst möchte ich meine Verwunderung zum Ausdruck bringen, daß im Vorfeld der diesjährigen EinwohnerInnenversammlungen keine vorbereitende Beratung mit den OrtsvorsteherInnen stattfand. An den bisher stattgefundenen EinwohnerInnenversammlungen in Spechthausen, Sommerfelde und Tornow habe ich persönlich teilgenommen. Anhand des kennengelernten Procederes bitte ich zu prüfen, die Vorführung der sehr allgemein gehaltenen Präsentation zu Eberswalde tatsächlich für eine EinwohnerInnenversammlung sinnvoll ist. Als mediale Eventshow mit teilweise übertriebener Selbstbeweihräucherung und Lobhudelei mag die Präsentation als Werbepot geeignet sein, weniger als sachliche Information zum Auftakt einer Einwohnerversammlung. Für die Einwohnerversammlung im Brandenburgischen Viertel bitte ich Sie, eine Präsentation anzubieten, die ehrlich und selbstkritisch das bisher positiv Erreichte in Eberswalde vermittelt und dabei schwerpunktmäßig auf unseren Ortsteil eingeht. Dabei sollte auf die sozialen Herausforderungen eingegangen werden und auch die Dinge kritisch reflektiert werden, die BürgerInnen mit konstanter Intensität hinterfragen...

Nachfolgend gebe ich Fragen und Probleme wieder, zu denen ich immer wieder von EinwohnerInnen angesprochen werde, verbunden mit der Bitte, daß die federführenden FachdezernentInnen über entsprechende Sach- und Arbeitsstände informieren:

- Warum fallen die Sprechstunden der Außenstelle des Bürger- und Ordnungsamtes so häufig aus und wieso wird der Ortsvorsteher nicht zeitnah über die Ausfälle informiert?
- Beabsichtigt die Verwaltungsspitze..., die Außenstelle des Bürger- und Ordnungsamtes im Brandenburgischen Viertel zu schließen?
- Als Folge der demografischen Entwicklung ist in den nächsten Jahren eine Änderung der EinwohnerInnenstruktur im Brandenburgischen Viertel zu erwarten. Wie will die Stadt darauf reagieren? Welche strategischen Folgen ergeben sich für den Prozeß des Stadtumbaus bis 2020?
- Welche Schwerpunkte im Programm »Soziale Stadt« bzw. im Integrierten programmübergreifenden Stadtteilentwicklungskonzept 2009 sind noch realistisch, insbesondere unter Berücksichtigung der erheblich reduzierten oder ggf. gänzlich wegfallenden Fördermittel auf Bundes- und Landesebene oder einer beabsichtigten

Heraufsetzung des geforderten Eigenanteils der antragstellenden Kommune?

- Welche Zukunft hat das Vereinsgebäude an der Havellandstraße 15 (ehemalige Kita Spatzenest)? Wie ist der Stand im Procedere zur dringend notwendigen energieeffizienten Sanierung und der Herstellung der Barrierefreiheit sowie der pilothaften Anwendung von erneuerbaren Energien im Rahmen der Null-Emission-Strategie des Landkreises Barnim und der Stadt Eberswalde?

- Wie ist der aktuelle Stand zur Beseitigung und ggf. der Nachnutzung der Bauruinen »Specht« in der Frankfurter Allee und »ehemalige kleine EDEKA-Kaufhalle« in der Havellandstraße?

- Wie ist der Stand zur Einleitung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen in der Lausitzer Straße?

- Wann ist der Umzug der Grundschule Schwärzensee geplant? In welchem Schuljahr können die SchülerInnen, PädagogInnen und MitarbeiterInnen über moderne Lern- und Arbeitsbedingungen verfügen?

- Welche Maßnahmen hat die Stadtverwaltung ergriffen, um in der Wintersaison 2010/2011 besser auf Witterungsextreme reagieren zu können? Welche Möglichkeiten wurden genutzt, um diesbezüglich insbesondere die Koordination mit den hiesigen Wohnungsunternehmen zu verbessern?

- Erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Kinderspielplätze hinsichtlich Ordnung und Sauberkeit, insbesondere am Märkischen Park und an der Potsdamer Allee?

- Ist die Verkehrsausschilderung insbesondere zur Gefahrenwarnung- und Gefahrenabwehr für Spielplätze an Straßen im Ortsteil ausreichend?
- Ist seitens des Bürgermeisters vorgesehen, zeitnah eine Gesprächsrunde mit den Gewerbetreibenden des Ortsteiles durchzuführen?

- Wann werden Barrierefreiheit im Bürgerzentrum hergestellt und die vor nunmehr über ein Jahr dem zuständigen Sachgebiet angezeigten Defizite beseitigt? Ist es vorgesehen, hierzu zeitnah einen Vor-Ort-Termin wahrzunehmen?

- Ist die beabsichtigte weiterführende Sozialstudie für das Brandenburgische Viertel, die an die Sozialstudie von 1999 anknüpfen soll, ohne Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Eberswalder Orts- und Stadtteilen angesichts eines Kostenvolumens von 40.000 Euro (finanziert aus dem Programm »Soziale Stadt«) unter Berücksichtigung der derzeit schrumpfenden Haushaltsmittel auf Bundes- und Landesebene aber auch der defizitären Finanzlage im Eberswalder Stadthaushalt (noch) sinnvoll? Welche Nachhaltigkeit kann von der Sozialstudie erwartet werden?

UN-Planspiel

Eberswalde (mh). Der Stadtverordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport, Martin Hoeck (FDP) sucht Jugendliche, die sich für internationale Politik und das Diplomatenleben interessieren. Im April 2011 findet in Kiel wieder Model United Nations Schleswig-Holstein (MUN-SH) statt. »Ich möchte gerne wieder mit einem Eberswalder Team an dieser Simulation der Vereinten Nationen teilnehmen«, so Hoeck.

MUN-SH ist ein Planspiel für Schüler, bei dem die Vereinten Nationen simuliert werden. Die etwa 450 Teilnehmer schlüpfen dabei in die Rolle von Diplomaten eines Mitgliedsstaates der UN und müssen dessen Interessen in simulierten Gremien wie dem Sicherheitsrat oder der Generalversammlung möglichst authentisch vertreten. In realitätsnahen Debatten werden Resolutionen verfasst, diskutiert und verabschiedet. »Dieses Angebot richtet sich an Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren. Sie sollen mehr über die UN und auch das Diskutieren und Debattieren lernen«, hofft Hoeck auf viele Interessenten.

Als Ausschußvorsitzender für Bildung und Jugend will Hoeck die Delegation persönlich begleiten und sie bei der Bewerbung unterstützen. »Da der Anmeldeschluß bevorsteht, müssten sich die Interessenten schnell melden« sagt Martin Hoeck, »denn wir müssen uns noch einigen für welche Länder wir uns bewerben wollen«.

Bereits im März 2010 hatte ein Eberswalder Team zum ersten Mal in Kiel teilgenommen und durfte Deutschland vertreten. Bei Interesse oder Fragen einfach melden bei: Martin Hoeck (Mobil: 0162/7166198, E-Mail: info@martin-hoeck.de).

Ehrenamtler 2010

Eberswalde (prest-ew). Es ist wieder soweit: Anfang des kommenden Jahres wird Bürgermeister Friedhelm Boginski besonders engagierte Bürgerinnen und Bürger der Stadt für ihre ehrenamtliche Tätigkeit auszeichnen.

»Für eine solche Auszeichnung kommen Erwachsene und auch Jugendliche in Frage, die - zum Teil schon langjährig - in bürgerschaftlichem Engagement Gutes tun, sei es in Form von Nachbarschaftshilfe, in der Selbsthilfe für kranke und behinderte Menschen, in der Familienförderung, in der Sport- und Kulturförderung, im Umweltschutz und in anderen Bereichen. Auch Vereine bzw. Initiativen können geehrt werden, ebenso wie Unternehmen, die sich in besonderem Maße uneigennützig für das Gemeinwohl der Stadt einsetzen«, teilt Bergit Mix, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ehrenamt, mit.

Die Arbeitsgruppe »Ehrenamt« bittet um schriftliche Vorschläge für solche Auszeichnungen mit aussagekräftiger Begründung bis zum 12. November an: Stadt Eberswalde, Barbara Ebert, Breite Straße 41-44, 16225 Eberswalde (Email: b.ebert@eberswalde.de).

Die toten Pferde der Bundesregierung

Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke behindert die zukunftsfähige Entwicklung

In diesen Tagen streitet das Parlament um den Bundeshaushalt 2011. Die Dakota-Indianer sagen: »Wenn Du ein totes Pferd reitest, steig ab.« Nicht so die Regierungskoalition. Sie entwickelt andere Strategien. Sie entwickelt ein Motivationsprogramm für tote Pferde. Sie erklärt, daß kein Pferd so tot sein kann, daß man es nicht mehr reiten kann.

Die geplante Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke ist eines der großen toten Pferde der Bundesregierung. In diesem Fall verändert sie zuerst die Kriterien, die besagen, wann ein Pferd tot ist. Dann errichtet sie eine neue Kostenstelle und kauft Leute ein, die angeblich tote Pferde reiten können.

Alle Gutachten ziehen das gleiche Fazit: Der Atomausstieg ist wie geplant möglich, vernünftig und bezahlbar. Bis vor kurzem sah das auch der Bundesumweltminister so. Da wurden die Qualitätsstandards für den Beritt toter Pferde erhöht und eine Trainingseinheit für den Minister eingeschoben. Jetzt kann er das tote Pferd schon ganz gut reiten.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke die zukunftsfähige Entwicklung unseres Landes nur behindert. Es gibt gute Argumente gegen eine Verlängerung der Laufzeiten: Wir wissen nicht, was bei einem Flugzeugabsturz oder Ter-

roranschlag passiert. Wir brauchen die Kernenergie schon heute nicht mehr. Die ältesten Kernkraftwerke könnten sofort abgeschaltet werden, ohne daß die BRD nur eine Kilowattstunde Strom im Ausland einkaufen müßte.

Dabei genügt schon ein einziges Argument, um eine Laufzeitverlängerung abzulehnen: Wir wissen nicht, wohin mit dem hochradioaktiven Müll. Jährlich produzieren wir 450 Tonnen davon und es gibt kein Endlager. Gorleben wird keine sichere Lagerstätte für Atommüll sein. Wissenschaftler zweifelten von vornherein an der Eignung des Salzstocks. Es trotzdem zu versuchen, war 1977 eine politische Entscheidung. Heute könnte man meinen, es handelte sich um eine Entscheidung der Konzernzentralen. Eine Laufzeitverlängerung für die Kernenergie ist nicht nur gefährlich, sie wird auch richtig teuer. Die Entsorgungskosten sind nicht kalkulierbar. Wenn ich nicht weiß, wie und wo ich den Atommüll langzeitsicher lagern kann, dann kann ich auch nicht wissen, nicht einmal abschätzen, was das kosten wird. Derweil werden die Energiekonzerne Milliardengewinne machen.

DIE LINKE wird im Parlament und auf der Straße als Teil der Anti-Atom-Bewegung für eine andere Energiepolitik kämpfen.

SABINE STÜBER

Seenwanderung, Wegmarkierung und musikalische Wanderung

9. Oktober 2010, Samstag, Wanderung zum Markgrafen- und Röth-See

Wanderung auf dem 66-Seen-Wanderweg durch den Leuenberger Forst, zum Markgrafen- und Röth-See bei Steinbeck und zurück, 10 km, gemäßigte Wandergeschwindigkeit. Wanderleiter ist Knut Nikoleit vom Naturwacht Gamengrund e.V. Am Ende der Wanderung ist eine Kaffeepause im Forsthaus vorgesehen.

Treff: 13:30 Uhr, Forsthaus Leuenberg, Bahnhofstraße 13, 16259 Höhenland Ortsteil Leuenberg
Gebühren: Erwachsene 2,50 Euro, ermässigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 1 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpass Brandenburg kostenfrei.

16. Oktober 2010, Samstag, Wegemarkierung Arendskühle/Höhenweg

Markierung des Wanderweges in der Arendskühle und auf dem Höhenweg. Am Ende gibt es ein Dankeschön Mittagessen in der Jugendherberge Teufelssee.

Treff: 09:00 Uhr Jugendherberge Teufelssee, Hammerthal 3, 16259 Bad Freienwalde

17. Oktober 2010, Auf dem Fontane Höhenweg mit Gitarre und Klaus Schluchter

Den NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. ist es eine Ehre und eine Freude, den bekannten Baa-see-Wirt Klaus Schluchter erneut für eine unterhaltsame Wanderung gewonnen zu haben.

Mit einem Zug der Ostdeutschen Eisenbahngesellschaft fahren wir (12.59 Uhr) nach Falkenberg. Von hier wandern wir zuerst durch den Luftkurort Falkenberg zum Fontaneplatz. Vorbei an der Tobbenberghütte geht es zum Bismarckturm, den wir heute besteigen und einen Stempel für das Turmdiplom ergattern können. Nach dem schönen Blick ins Niederbruch geht es weiter auf dem Theodor Fontane Höhenwanderweg zum Teufelssee. Von hier ist es nicht mehr weit bis zur Jugendherberge Teufelssee, an der uns Kaffee und Kuchen erwartet. Klaus Schluchter wird hier Gitarre und Mundharmonika auspacken und einige Lieder singen. Bis hierher haben wir 6 km geschafft. Wer nicht weiter kann, der wird zum Bahnhof Bad Freienwalde gefahren. Gestärkt und ausgeruht geht es ansonsten dann durch die Karpaten und Brunnenthal zur Köhlerei, wo der Nachmittag bei Imbiß und Gitarrenklängen von Klaus Schluchter ausklingt.

Treff: 12:40 Uhr (Sonntag) Bahnhofsvorplatz, Bahnhofstraße, 16259 Bad Freienwalde

Organisationsgebühr zuzüglich Turmeintritt und 1 Euro Zugfahrkarte:

Erwachsene 2,50 Euro, ermässigt Kinder, NaturFreunde und Kurkarteninhaber 1 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpass Brandenburg kostenfrei.

Wir bitten um Anmeldung für die Veranstaltungen unter 03344/333200.

Die NaturFreunde Deutschlands
Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland e.V.

Bernd Müller -Vorsitzender-, Brandfichtenweg 1, 16259 Bad Freienwalde
Telefon 03344-333200 oder mobil 03344-425000, www.berg-frei.de

Alternde Kommunen als Chance?

Viele Brandenburger Kommunen sind von einer sinkenden Einwohnerzahl durch Abwanderung und Geburtenrückgang betroffen. Zurück bleiben vor allem ältere Menschen. Die neu gewonnenen Freiflächen und Areale die durch den Rückbau leerstehender und dauerhaft nicht mehr benötigter Gebäude entstanden sind, können sinnvoll vor allem für ältere Bewohnerinnen und Bewohner umgestaltet werden. Damit wird nicht nur die Wohn- und Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren im Quartier gestärkt sondern auch ein generationenverbindender Zusammenhalt.

Diesem Thema widmete sich am 16. September im Paul-Wunderlich-Haus in Eberswalde die Fachtagung »Alterde Kommunen als Chance!?. Ressourcen einer sozialraumbezogenen Gesundheits- und Bewegungsförderung bei älteren Menschen«. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten unter anderem in Workshops, wie es Kommunen gelingen kann, ältere Menschen im Blick zu behalten, welche Möglich-

keiten sich für Quartiere in der Gesundheits- und Bewegungsförderung bei älteren Menschen bieten und welche Akteure und lokal ansässigen Träger Kommunen zur Vernetzung nutzen können. Ziel der Fachtagung war es, unterschiedliche kommunale Akteure für eine zielgerichtete und ressortübergreifende Zusammenarbeit zu sensibilisieren. Dabei wurden generationenverbindende und quartiersbezogene Praxisprojekte vorgestellt und es bot sich die Möglichkeit entsprechende Kontakte für mehr Bewegung, Barrierefreiheit und Familienfreundlichkeit zu knüpfen.

Die Fachtagung richtete sich an Akteure aus Politik, Verwaltung und Sport, die öffentlichen Gesundheitsdienste, Krankenkassen, freie Träger der Gesundheitsförderung, kommunale SeniorenvertreterInnen etc. Die Veranstaltung wurde vom Zentrum für Bewegungsförderung Brandenburg in Zusammenarbeit mit der Stadt Eberswalde durchgeführt.

MARISA ELLE

Brandenburgisches Mobilitätsticket

Ver.di fordert verbesserte Mobilität für alle

Das seit zwei Jahren in Brandenburg geltende Mobilitätsticket soll jetzt über 2010 hinaus verlängert werden. Dieser Beschluß wird von der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) grundsätzlich begrüßt. Kritikwürdig ist aus Sicht der Betroffenen und der Gewerkschaft, daß wiederum die Chancen zu einer Nachbesserung des Tickets versäumt wurden.

Das Ticket ist mit einem Preis von 17,50 Euro bis 64,20 Euro für die Zielgruppe der Bedürftigen eindeutig zu teuer. Im Regelsatz der Empfänger von Arbeitslosengeld II sind derzeit 14,50 Euro für die Mobilität eingerechnet. Auch konnte sich die Landesregierung immer noch nicht dazu durchringen, ein landesweites Sozialticket einzuführen. Nur mit einem derartigen Ticket kann Mobilität für alle sozial Benachteiligten gewährleistet werden.

Probleme gibt es mit dem Ticket in den strukturschwachen Regionen, die über ein ausgedünntes oder bereits nicht mehr vorhandenes Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr und Schienenpersonennahverkehr verfügen. In diesen Regionen kann das überbeuerte Ticket ohnehin nicht oder nur eingeschränkt genutzt werden.

Ver.di fordert seit Jahren ein Sozialticket bzw. ein Verkehrsverbundticket für sozial Bedürftige auf lokaler, regionaler und Landesebene zum maximal halben Preis der jeweiligen Umweltkarte. Tages-, Wochen- und Monatskarten sind anzubieten und die Bedürftigen sollten frei und flexibel entscheiden können, welches Segment sie vor dem Hintergrund ihrer finanziellen Lage in Anspruch nehmen.

ANDREAS SPLANEMANN

Gutachter bereiste den Grumsiner Forst

Angermünde (ml). Am zweiten Septemberwochenende war die Stunde der Wahrheit für das Projekt »Weltnaturerbe Grumsin«: der Gutachter der internationalen Naturschutzorganisation (IUCN) besuchte im Auftrag der UNESCO das Waldgebiet zwischen Ziethen und Altkünkendorf. David Mihalic aus den USA nahm sich den gesamten Sonntag Zeit, um das Gebiet und die Akzeptanz in der Region für dieses Vorhaben kennen zu lernen. Beim mehr als fünfständigen Waldbegang zeigte er sich sehr beeindruckt von der Vielfältigkeit der von der Eiszeit geprägten Landschaft.

»Besonders angetan war Herr Mihalic von der engen Verzahnung von Wald- und Wasserlebensräumen im Grumsin« sagte der Landtagsabgeordnete Dr. Michael Luthardt, der an der Ver-

anstaltung teilnahm. Aber auch auf bestimmte Risiken für die Bewerbung wies er hin, wie zum Beispiel das Befahren einiger Wege im Totalreservat.

Am Nachmittag traf er sich mit regionalen Akteuren wie Bürgermeistern, Amtsdirektoren und Vertretern von Tourismusverbänden im Informationszentrum Blumberger Mühle. Eine überwiegende Unterstützung der Nominierung zum Weltnaturerbe kam dabei zum Ausdruck. Besonders die Tourismusanbieter erhoffen sich damit einen Gewinn für die Region im Biosphärenreservat. »Nach dem Besuch des Gutachters können wir verhalten optimistisch sein, daß der Grumsin im Juni 2011 in die Liste der Weltnaturerbebestätten aufgenommen wird« zieht Luthardt ein erstes Resümee.

Sprecherratswahl

Am 4. Oktober fand im Rahmen eines Bürgerforums die turnusmäßige Neuwahl des Sprecherrates »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel statt. Das ehrenamtliche Gremium besteht für die nächsten zwei Jahre aus 17 Mitgliedern, wovon sich acht der direkten Wahl gestellt haben. Die übrigen neun gelten als gesetzte Mitglieder. Zu den gewählten Mitgliedern gehören Enrico Budach (Udergro- und Pokerclub e.V.), Irina Dessert (Kontakt Eberswalde e.V.), Petra Malke (Kleiderkammer), Jan Toron (SV Medizin), sowie die Bürger Gerd Markmann, Hans-Georg Pertzsch und Martin Hoeck.



Im Anschluß an das Bürgerforum fand die konstituierende Sitzung des neuen Sprecherrates statt. Jeweils einstimmig wurde der neue Vorstand gewählt, dem Martin Hoeck als Vorsitzender, Enrico Budach als sein Stellvertreter und Cornelia Sprengel als Schriftführerin für die nächsten zwei Jahre angehören werden. Das Gremium einigte sich als Termin für die nächste öffentliche Sitzung auf den 29. November um 17.30 Uhr im Bürgerzentrum. Bis dahin werden Arbeitsgruppen gebildet, um die inhaltliche Arbeit schon aufzunehmen.

MARTIN HOECK

IUFRO kehrte zurück

Vom 12. bis 16. September trafen sich Forstwissenschaftler aus der ganzen Welt in Eberswalde. Die IUFRO (International Union of Forest Research Organizations) tagte endlich wieder dort, wo sie 1892 gegründet wurde – in Eberswalde. Sie ist mit mehr als 15.000 Wissenschaftlern aus rund 700 Mitgliedsorganisationen und über 110 Ländern die weltgrößte Vereinigung forstlicher Forschungseinrichtungen. Der von dem deutschen Forstwissenschaftler Bernhard Danckelmann in Eberswalde gegründete Verband konnte wegen der beiden Kriege und der deutschen Teilung nur wenige Male an seiner einstigen Wirkungsstätte stattfinden. »Wir freuen uns sehr, daß wir 100 Teilnehmer aus 28 Ländern hier in Eberswalde begrüßen durften«, sagt Andreas Linde, Professor für Angewandte Ökologie und Zoologie an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH).

Das Hauptthema der Tagung lautete »Populationsdynamik, integriertes Management und biologische Kontrolle von Forstinsekten«.

Dr. GABRIELE MITTAG

Deutschland in Schiefelage!

Eberswalde (dgb). Mit einem Aktionstag in vielen europäischen Städten (u.a. Brüssel, Berlin Wittenbergplatz) begann am 29. September der »Heiße Herbst« mit vielen Aktivitäten gegen das Weiterzocken der Banken, obwohl sie die Krise verursacht haben – und gegen das Ausbluten des Sozialstaates, was nichts anderes bedeutet, als daß Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner, Kranke, von Arbeitslosigkeit und Hartz IV betroffene Menschen nun für diese Krise zahlen sollen.

Olaf Himmel, Regionsvorsitzender des DGB Ostbrandenburg, ruft alle Kolleginnen und Kollegen, Betroffene und sich solidarisierende »nichtbetroffene« Bürger in der Uckermark, im Barnim, im Märkischen Oder-Spree-Gebiet

Fußballverein Motor:

»Das ist keine optimale Lösung«

Eberswalde (prest-ew). Kürzlich trafen sich Bürgermeister Friedhelm Boginski und Wolf-Rüdiger Forth, Präsident des FV Motor Eberswalde, zu einem Gedankenaustausch im Eberswalder Rathaus. Forth dankte dem Bürgermeister für die hilfreiche Unterstützung des Fußballvereins durch die Stadt Eberswalde in der Vergangenheit und in der Gegenwart.

Im Hinblick auf die derzeit geführte Diskussion über einen Zusammenschluß der Vereine FV Motor Eberswalde und FSV Bernau wa-

ren sich beide Gesprächspartner darüber einig, daß dieser für den traditionsreichen FV Motor keine optimale Lösung darstellen würde. Rüdiger Forth und Bürgermeister Friedhelm Boginski sprachen sich dafür aus, daß die Entwicklung von alternativen Lösungsmöglichkeiten in den Vordergrund gerückt wird, ohne hierbei die Präsenz des Barnims in der Fußball-Brandenburg-Liga aus dem Blick zu verlieren. Weitere Gespräche zwischen Verein und Stadtverwaltung wurden vereinbart.

95. Ausstellung in der Zainhammer Mühle Eisenzeit

Seit dem 25. September läuft die 95. Ausstellung des Kunstvereins in der Zainhammer Mühle Eberswalde. Die Gemeinschaftsausstellung der Mühlenkünstler unter dem Titel »Eisenzeit« soll an den Ursprung der Mühle 1780 als Hammerrmühle erinnern.

Es ist zwar die letzte Ausstellung der Saison 2010 aber nicht die letzte Aktion für dieses Jahr. Am 10. Oktober werden in der Zeit von 14.30-18 Uhr wieder Kunstwerke der Mühlenkünstler zugunsten des Mühlengebäudes versteigert und der 10. Weihnachtskunstmarkt findet wie immer am 2. Advent statt.

Die Ausstellung ist noch bis zum 10. Oktober täglich geöffnet. Montag bis Freitag von 11 bis 17 Uhr und Samstag und Sonntag von 14.30 bis 18 Uhr.

Die Zainhammer Mühle befindet sich zwischen Forstbotanischem Garten und Zoo in der Nähe des Krankenhauses.

VERONIKA BRODMANN

Wir sagen Danke!

Mit Bestürzung erfuhren wir vom Tod unser es guten Freundes

Günter Zürner

Am 9. September wäre er 88 Jahre alt geworden. Viele Jahre trug er mit seinen engagierten Texten zur inhaltlichen Vielfalt der »Barnimer Bürgerpost« bei. Wir werden sein Andenken bewahren.

Dr. MANFRED PFAFF,
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telefax: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Kraffzcyk, Lindner, Ludwig, Markmann (3), Timm
druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18
redaktions-schluß: 2. Oktober 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 30.10.2010, 12 Uhr.